

# Neuzeitliche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 107 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Donnerstag/Freitag, 10. 11. Mai Chefredakteur: M. Braun

## Aus dem Inhalt

Flüchtlingskommissar und Reichsregierung	Seite 2
Verfassung des Austrofaschismus von Otto Bauer	Seite 3
Teagödie der Schweizer Freiheit	Seite 3
Handstreich an der Saac	Seite 7

# Die gefesselte Presse

## Statt Auflockerung neue Ketten

Berlin, 9. Mai. Im Hotel Kaiserhof war die erste Reichspressekonferenz der NSDAP. verammelt. So sehr auch der offizielle Bericht retuschiert sein mag, er kann doch nicht ganz verbergen, welche Sorge die allherrschende Partei sich über die Zukunft des deutschen Pressewesens macht. Auch der Reichsminister und Parteiführer Adolf Hitler hat zu den Schriftleitern gesprochen. Ueber seine Rede wird aber nur mitgeteilt, daß er Anregungen auf allen Gebieten dargebracht habe. Das ist bei dem größten Manne des Jahrauslands selbstverständlich.

Ausführlich waren die Reden der führenden nationalsozialistischen Journalisten. Sie lassen keinen Zweifel darüber, daß der Wille auf die Vernichtung der nicht framm nationalsozialistischen Presse gerichtet ist. Die Totalität des Parteistaates erzwingt eine Presse, die diesem Staat und der ihn beherrschenden und durchdringenden Partei gehorlich dient.

Dabei fühlen offensichtlich selbst die nationalsozialistischen Journalisten, welche bedrückenden Gefahren auch ihnen unter diesem Zwangssystem drohen. Der Reichspressechef Dr. Dietrich begrüßte es, daß Reichsminister Dr. Goebbels eine Empfehlung an die Dienststellen herausgegeben habe, im Interesse einer lebendigeren und individuelleren Gestaltung der Zeitungen mehr Bereitwilligkeit zu zeigen, sich auf journalistische Notwendigkeiten einzustellen. Denn gerade die nationalsozialistische Presse, die Disziplin zu halten gewohnt sei, sei verpflichtet, sich gegen journalistische Unzulänglichkeiten und unbefugter Stellen, die sie an der Entfaltung ihrer schöpferischen Arbeit hinderten, zu wehren.

Mithin: auch die nationalsozialistischen Zeitungen leiden unter dem Unverstand und dem Größenwahn der Partei- und Staatsbürokratie, die ahnungslos und kennntnislos in die Journalistik hineinverfügt und den Redaktionen langweilige Beiträge aufdrängt. Da aber der Reichsminister Goebbels nur eine „Empfehlung“ an die Dienststellen geben konnte, wird praktisch nichts gebessert werden.

Der Reichspropagandaminister setzte seine Schauspielerei über den Mut zur Kritik fort. Er verkündete:

Mehr Mut! Unmöglich sei aber eine Kritik um der Kritik willen. Ein Mensch, der es als seinen Beruf ansieht, über einen Beruf aus, vor dem man wenig Achtung haben könne. Kritik müsse sich immer mit positiver Leistung verbinden. Dr. Goebbels wies dann darauf hin, daß er der Kritik seiner Ausführungen freien Lauf gelassen habe, wenn sie von jemandem geschrieben sei, der es ehrlich meine und ehrlich um die Probleme ringe, die es heute zu lösen gelte. Er habe auch andere Meinungen als seine gehört und sei gegen die Männer nicht eingeschritten, die diese Meinung vertreten hätten. Wenn aber Menschen, die

bisher grundsätzlich gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen seien, jetzt in plumper Vertrauenslichkeit die ihnen gegebene Freiheit dazu mißbrauchten, Mißtrauen zwischen Volk und Führung zu säen, dann könne man dem natürlich nicht untätig zusehen.

Welcher Journalist soll da noch ein Wort der Kritik zu veröffentlichen wagen? „Kritik müsse sich immer mit positiver Leistung verbinden.“ Wie leicht wird es den regierenden Herren sein, wenn nicht zu beweisen, so doch zu behaupten, daß die positive Leistung des Kritikers fehle und er daher im Konzentrationslager landen müsse. Und alle die Journalisten die bisher Gegner des Nationalsozialismus waren, mißbrauchen ohnehin unerbötlich die ihnen gegebene „Freiheit“, wenn sie ein Wortlein riskieren wollen. Es wäre wirklich sonderbar, wenn ein so gerissener Junge wie Goebbels ernsthaft glaube, mit seinen Reden den Mut zu einer sachlichen Kritik heben zu können. Nein, er weidet sich innerlich an den Qualen der gleichgeschalteten Verleger und Redakteure, für die es keinen Ausweg mehr ins Freie gibt. Sie müssen unter dieser Sklaverei zu Grunde gehen.

Manchmal wird der grausame Hohn des Reichsministers offenbar. So wenn er sagt:

Er habe seinen neuen Erlass mit Absicht vor der nationalsozialistischen Presse verkündet. Er begrüße es sehr, wenn die bürgerliche Presse mit der nationalsozialistischen Presse um die Lösung der Aufgaben der Zeit ringe und kämpfe. Die weltanschaulich überlegene Zeitung dabei sei aber immer die nationalsozialistische Zeitung.

Das heißt doch: Ihr bürgerlichen Journalisten dürft zwar mit uns ringen, aber die Sieger sind unter allen Umständen und allem vor Nationalsozialisten. Notfalls wird die nationalsozialistische Staatsmacht entscheiden, wer weltanschaulich überlegen ist.

So geht die deutsche Presse, soweit sie nicht der regierenden NSDAP gehört, zu Grunde. Immer vorsichtiger werden die Verleger, um den Rest ihres Kapitals zu retten. Immer ängstlicher werden die Redakteure, weil sie von der überlegenen Weltanschauung ihrer nationalsozialistischen Kollegen nicht durch die Häute der SA und das Konzentrationslager überlagert werden wollen. Immer gleichgültiger werden aber die Massen gegenüber der gleichgeschalteten und immer mißtrauischer gegen die nationalsozialistische Presse. Das ist die Stelle, wo der nationalsozialistische Staat allmählich verwundbar wird. Der große Feldzug gegen die Kritikfaster und Miesmacher wird das allgemeine Mißtrauen nur vertiefen und vermehren. Weil es keine Freiheit des Schreibens und des Redens gibt, schwindet der Glaube an Regierung und Partei. Der Uniformität des offiziellen Sagens von oben, stellt sich ein millionenfacher Unglaube von unten entgegen.

# Gestern und heute

Scheiden tut weh. Zumal, wenn man Minister war und es nun auf einmal nicht mehr ist.

Herr Göring nahm seinen Abschied vom Preußischen Innenministerium. Es war eine trübe Feier in dem alten rotplüschigen Festsaal des Hauses Unter den Linden. Der Staatssekretär Grauert richtete Worte an seinen Chef. Wir glauben dem Bericht, daß es „herzlich und bewegt“ waren. Die Worte des Ministers selbst waren, wenn der Bericht zutrifft, nur „herzlich“. Bewegtheit kommt bei dem granitenen Göring natürlich nicht in Frage. Im Gegenteil, er scheint sich geradezu wie ein Schneekönig gefreut zu haben, daß er nun weg muß. Förmlich danach gelehrt hat er: „Immer meine Auffassung gewesen... in erster Linie dem Reich dienen... alter Traum aller echten Deutschen... ohne den geringsten Druck von außen... persönlich den Entschluß gefaßt...“

Wo Göring nur auf einmal diese Sprache her hat? Früher klang das ganz anders. Früher kam bei ihm zuerst Preußen und nochmal Preußen und zum dritten Mal Preußen. Preußen war bei ihm das Wesentlichste und Wichtigste am Deutschen Reich. Am 18. Mai 1933 sagte er in seiner Programmrede als Ministerpräsident im Preußischen Landtag: „Preußen wird, wie schon im vorigen Jahrhundert, das Fundament des Deutschen Reiches bilden.“

Wie im vorigen Jahrhundert... Da war es nämlich ein souveräner Bundesstaat. Dazu wollte es Göring natürlich nicht wieder machen. Aber er wollte verhindern, daß es im Reich aufgehe. Darum stemmte er sich mit aller Kraft gegen eine ernstliche Reichsreform. Diese hätte mit einer Neuauflage der Länder beginnen müssen. Das hätte selbstverständlich die Zerschlagung Preußens bedeutet; daher das Projekt von 12 oder 18 Reichsgauen an Stelle der früheren Länder. Herr Göring behauptet heute, dieser Plan stamme von ihm. Möglich, daß er ihm auf den Schreibtisch gelegt worden ist, möglich, daß sein Name darunter steht; wir können das nicht nachprüfen. Aber freiwillig und ohne den geringsten Druck, wie er heute der Welt vormacht, hat er ihn bestimmt nicht darunter gesetzt. Dazu hat er seine wahre Meinung früher viel zu deutlich gesagt. In der gleichen Rede vom 18. Mai erklärte er nämlich: „Unter keinen Umständen werde ich dulden, daß preussischer Besitz von Preußen getrennt wird.“

Und nun duldet er noch ganz andere Dinge. Warum — das hat er in seiner Rede angedeutet. Was er von seinem persönlichen Entschluß „ohne den geringsten äußeren Druck“ sagte, war wohl mehr Verziererei. Aber ernst meinte er es mit den Worten, er „fühle sich nur als Soldat, für den allein der Befehl des Führers maßgebend sei.“ Die Preisgabe des Preußischen Innenministeriums an den Bayern Frick ist ihm also befohlen worden. Man scheint ihm zum Widerstand geraten zu haben, denn Göring sprach von „Einfüsterungen und Ratschlägen, die ständig an ihn herangetragen worden seien“. Wer mag da wohl geflüstert haben? Sein bisheriger Pressechef, Sommerfeld, hat dieser Tage plötzlich seinen Abschied genommen. Vielleicht hat Göring den Herrn, der über ihn eine vierhunderttausendmal gedruckte Biographie schrieb nicht ganz freiwillig gehen lassen.

In der Bürokratie des Dritten Reiches wackelt es gerade während dieser Tage an verschiedenen Stellen. Göring sagte seinen Mitarbeitern, auch unter Frick brauche sich niemand von ihnen zu sorgen, „wenn er seine Pflicht tat.“ Netto Zustände müssen da sein. Herrn Frick geht offenbar der Ruf voraus, daß er unter der Göring-Clique gewaltig aufräumen werde. Die Begründung soll offenbar sein, daß dieser oder jener seine Pflicht nicht getan habe. Wir dachten bisher, das komme nur bei Marxisten vor.

Eine Clique wirft die andere hinaus. Das ganze heißt: autoritärer Staat. Argus.

## 40 Jahre Kerker!

### Für 28 illegale Kommunisten

Kassel, 9. Mai. Vor dem Straßengericht des Kasseler Oberlandesgerichts hatten sich in zweitägiger Verhandlung 28 Kommunisten aus Frankfurt a. M. wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Die Angeklagten hatten sich für die Ziele der verbotenen KPD, eingefügt, indem sie kommunistische Zeitungen vertrieben, Gelder kassierten und Beiträge bezahlten. Von den 28 Angeklagten wurden drei freigesprochen, während die anderen zu insgesamt rund 40 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt wurden. Die Hauptschuldigen Rebel, Gehang und Bukowski erhielten Zuchthausstrafen zwischen zwei und drei Jahren und fünf Jahre Ehrverlust. Strafverschärfend wurde einem Teil der Kommunisten ihr Leugnen vor Gericht angerechnet.

# Hendersons „letzter Versuch“

## Die Gegensätze im britischen Kabinett

London, 9. Mai. Der politische Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt, Henderson werde in Paris bei Barthou einen letzten Versuch machen, der Abrüstungskonferenz zu einem, wenn auch noch so begrenzten, Ergebnis zu verhelfen. Das Höchste, was erreicht werden könne, sei der alte Plan der Stillhaltevereinbarung für fünf Jahre mit einem darauf folgenden fünfjährigen Abschnitt allmählicher Rüstungsverminderung. Es sei aber zu befürchten, daß Frankreich dies ablehnen werde. Dieser Tage sehe sich das Kabinett auf seiner Wochen-Sitzung am Mittwoch gegenüber. Macdonald, der von Lord Halifax und Baldwin unterstützt werde, sei bereit, wesentliche Zugeständnisse an den französischen Standpunkt zu machen. Lord Halifax, hinter dem die Mehrheit des Kabinetts stehe, soll sich gegen weitere Verpflichtungen auf dem europäischen Festland ausgesprochen haben und wolle lieber die Beendigung der Abrüstungskonferenz und den Beginn einer Aufrüstung sehen. Sir John Simon neige mehr oder weniger zu der Auffassung von Lord Halifax.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, in diplomatischen Kreisen werde jetzt zugegeben, daß Frankreich bei Wiederauftritt des allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz am 20. Mai es noch nie vor ablehnen würde, einer Verminderung oder auch nur einer Begrenzung seiner jetzigen Kampfkraft zuzustimmen.

Der politische Korrespondent der „Morning Post“ berichtet, in politischen Kreisen werde dem Beschluß in der Abrüstungsfrage und über die künftige britische Außenpolitik, die das Kabinett auf einer Wochensitzung fassen werde, große Bedeutung beigegeben. Eden werde am Montag bei Eröffnung der Sitzung des Völkerbundesrates Großbritannien vertreten. Simon werde Mitte der Woche zu ihm stoßen. In gut unterrichteten Kreisen werde allgemein angenommen, daß die Regierung auf der Abrüstungskonferenz nicht wieder die Initiative ergreifen werde. Es werde geglaubt, daß die überwiegende Mehrheit der Kabinettsmitglieder zugunsten eines engen Einvernehmens mit Frankreich sei.

Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ schreibt, die Minister seien sich klar darüber, daß die Aussichten der Überwindung des toten Punktes gering sind. Zudem werde aber auch berücksichtigt, daß kein Land den Wunsch haben werde, die Verantwortung dafür zu übernehmen, das Werk der Abrüstungskonferenz zu einem unzeitigen Ende zu bringen. Aus diesem Grunde würden die britischen Minister bereit sein, jede Anregung zu prüfen, die etwa gemacht werde.

# Flüchtlingskommissar und Reichsregierung

## Noch unbeantwortete Fragen

London, 8. Mai. Hochkommissar James Macdonald berichtet, er wie seine Mitarbeiter hätten bei Gelegenheit zweier Besuche in Berlin im Februar und im April 1934 mit den Beamten des deutschen Auswärtigen Amtes die Passfrage für die Emigranten erörtert und verlangt, daß die deutschen Konsularbehörden im Auslande jedem deutschen Staatsangehörigen, dem sie seinen Pass nicht verlängern oder seinen neuen deutschen Pass ausstellen wollen, eine diesbezügliche schriftliche Erklärung geben; eine solche Erklärung wird von den Passbehörden in gewissen Ländern von einem Flüchtling deutscher Staatsangehörigkeit als Bedingung für die Ausgabe eines Identitäts- und Reisepassports an ihn gefordert. In dieser Angelegenheit wird mit dem deutschen Auswärtigen Amt noch verhandelt.

Hochkommissar Macdonald hat mit dem deutschen Auswärtigen Amt auch gewisse Fragen betreffend das Eigentum der Flüchtlinge erörtert und im besonderen die folgenden Punkte behandelt:

Einführung einer gleichmäßigen Praxis betreffend den Betrag, den ein Emigrant aus Deutschland mit sich nehmen darf, wenn er in ein anderes Land als Palästina emigriert (die Frage hinsichtlich der Emigranten nach Palästina ist relativ zufriedenstellend); Zahlung von Pensionen an

frühere Beamte, Universitätsprofessoren, Dozenten usw., die entlassen wurden und die Deutschland verlassen haben, an ihre jetzigen ausländischen Adressen; Bemessung der Höhe der Reichsfluchtsteuer auf das Eigentum von Emigranten nach dem Wert, den dieses Eigentum zu der Zeit hat, wo der Emigrant das Land verläßt, nicht aber nach dem Wert, den es im Jahre 1931 gehabt hat.

Der Hochkommissar hat ferner die Frage aufgeworfen, nichtarischen Medizinstudenten, die ihre Studien in Deutschland vollenden dürfen, die Erwerbung des akademischen Grades zu ermöglichen, ohne den sie in anderen Ländern die entsprechende Prüfung nicht ablegen können.

Der Hochkommissar erwartet eine Antwort auf alle diese Fragen. Vor kurzem wurde das Verlangen der Rückzahlung von Prämien, die Arbeiter und Angehörige von Flüchtlingen an soziale Versicherungsgesellschaften in Deutschland (Alters- und Invalidenversicherung) leisteten, dem Auswärtigen Amt unterbreitet. Die sofortige Antwort der deutschen Regierung auf dieses Verlangen war nicht ermutigend. Der Hochkommissar beabsichtigt, kompetente juristische Autoritäten zu konsultieren und dem deutschen Auswärtigen Amt ein ausführliches Memorandum hierüber zu unterbreiten.

# Würzburg

## Der Sturm auf das bischöfliche Palais

In Würzburg ist, wie wir kurz berichteten, am vergangenen Samstag eine Menschenmenge in das bischöfliche Palais eingedrungen und hat Beschädigungen verursacht. Kardinalstaatssekretär Paeelli hatte bereits am 22. April im Auftrage des Papstes ein Schreiben an den Würzburger Bischof gerichtet, worin es heißt:

„Euer Exzellenz habe ich die Ehre, im allerhöchsten Auftrage den tiefen Schmerz Seiner Heiligkeit über die Verunglimpfung zu übermitteln, deren Gegenstand am 7. d. M. Ihre verehrte Person sowie Ihr bischöfliches Amt, und mit Ihnen die erhabene Person des Stellvertreters Christi selbst sein Hirtenamt gewesen sind.“

Der Heilige Vater vertraut darauf, daß die staatlichen Behörden keinen Zweifel darüber lassen werden, daß ein solches Tun ihrer Mißbilligung und Abundung fähig ist und daß alles geschehen wird, um der Seele des katholischen Volkes jeden Anlaß zu berechtigter Bitterkeit und Enttäuschung zu nehmen....“

## Jetzt rücken sie ab

Die Gauleitung Mainfranken veröffentlicht folgende Erklärung:

„An die Würzburger Bevölkerung!“

Es ist von bestimmter Seite versucht worden, die wiederholten Demonstrationen vor dem Bischofspalais, insbesondere die letzte von ihnen, die eine rein kirchliche Angelegenheit betraf, als politisch darzustellen und entsprechend auszuwerten. Die Gauleitung erklärt hierzu, daß sie, um Derartiges in Zukunft zu verhindern, jede ähnliche Demonstration mit aller Strenge unterdrücken wird. Der nationalsozialistische Staat kann es überdies nicht dulden, daß ihm in seinen Maßnahmen vorgegriffen wird oder daß interessierte Kreise versuchen, auf seine Entschlüsse und Maßnahmen einzuwirken, und wird in Fällen, wo es notwendig ist, selbst durch zielbewusste Arbeit in Richtung auf den totalen Staat seine unbeeinträchtigen Entschlüsse treffen.

Gauleitung Mainfranken  
Dr. Hellmuth, Gauleiter.“

Es verheißt sich von selbst, daß von einer Feststellung oder Bestätigung der Schuldigen gar keine Rede ist. Die Polizei sah sich den Sturm auf das Gebäude ruhig an und griff nicht ein, weil sie nicht wußte, welchen Nutzen sie für ihre Aktion von dem Herrn Gauleiter erhalten würde.

# Dreizehnjähriger Mörder...

## Er erschlägt den Kameraden wegen einer Hitler-Uniform

Offen, 8. Mai. Der Mord an dem Jungvolkangehörigen Fritz Walkenhorst aus Welsenkirchen hat eine ebenso unerwartete wie fesselnde Aufklärung gefunden. Als Mörder des Jungen wurde der erst 13-jährige Heinz Christen aus der Moor-Kampfschule in Welsenkirchen ermittelt und einwandfrei überführt. Er hat ein volles Geständnis abgelegt und auch die Motive dargelegt, die ihn zu der furchtbaren Tat veranlaßt haben.

Er hatte den Walkenhorst von der Grillostraße aus bis zum späteren Standort der Leiche begleitet, wo er tags zuvor mit einem Kameraden angeblich aus Spielerei eine Grube angelegt hatte. Hier schlug er plötzlich auf den abendsoßen Jungen ein, drückte ihn in die Grube und führte so seinen Ermordungstod herbei. Dann zog er dem Toten die Uniform aus, bedeckte die Leiche mit Erde zu und ging nach

Hause, wo er der Mutter erzählte, er habe von einem Hitler-Jungen eine Uniform geschenkt bekommen. Am nächsten Tage zog er die Kleidung des Ermordeten an und benahm sich völlig ruhig und unauffällig.

Nachdem Christen das Geständnis abgelegt hatte, als er in aller Gemütsruhe, und auch als man ihm die Furchtbarkeit seiner Tat vorstellte, erklärte er nur, Walkenhorst habe ihn oft genug geärgert, und außerdem habe er auch eine Uniform haben wollen.

Am Sonntagvormittag wurde eine Ortsschlichtung vorgenommen, die natürlich eine große Menschenmenge angezogen hatte. Christen setzte sich ganz uninteressiert, demonstrierte in allen Einzelheiten, wie er das Verbrechen begangen hatte und wußte den Umstehenden frech zu. In seinem Gedächtnis vor der Kriminalpolizei legte er überhaupt einen beispiellosen Spott an den Tag.

# Dörfer und Wälder in Flammen

## In Polen

### Drei Todesopfer

Warschau, 9. Mai. Aus allen Teilen des Landes werden nach wie vor Brände gemeldet, die infolge der andauernden Hitze immer häufiger werden. Nach den vorliegenden Meldungen werden neuerdings aus sieben Ortsgemeinden Brände verzeichnet. Allein in der Ortschaft Dmossin bei Tomaszów in Kongreßpolen sind 100 Gehöfte und in Brzozja 110 Gebäude mit dem gesamten Kleinvieh in Asche gelegt worden. Im letzteren Falle sind ferner noch drei Menschenleben zu beklagen. Außerdem haben einige Personen Verletzungen davongetragen.

## In Rumänien

Bukarest, 9. Mai. In Rumänien nehmen die Waldbrände kein Ende. Die wochenlange Hitze hat Natur und Landschaft in Jüden verwandelt. Ein weggeworfenes Streichholz, ein Funke aus der Lokomotive genügt, um ganze Dörfer und riesige Waldflächen in Asche zu legen. Am Mittwoch sind allein wieder drei Dörfer und mehrere Waldbrände zu verzeichnen. Das Dorf Patreasca ist fast restlos niedergebrannt. Hier wurden 80 Häuser vernichtet. Weiter verbrannten in Bocsa bei Klausenburg 22 Bauernanwesen. Am Donandelta ging das Dorf Bostia in Flammen auf. Der Schaden geht überall in die Millionen, jedoch sind Menschenleben nirgends zu beklagen. Wassermangel und starker

Wind erschweren regelmäßig die Löscharbeiten oder machen sie völlig unmöglich. In Kronstadt brannte weiter eine große Getreidemühle nieder. Bei Polticeni stehen wieder 150 Hektar Wald in Flammen. Ein weiterer Waldbrand raste bei Buzau. Auch im Kreise Dreisitzeln brennen zwei staatliche Wälder. Der Brand in Kampania ist mittlerweile gelöscht. Am ganzen gingen hier 42 Häuser im Geschäftsviertel in Flammen auf. Unerlöschliche historische und künstlerische Werte gingen im Kloster Regza voda verloren, dessen Kirche und Klostergebäude vernichtet wurden. Das Kloster stammt aus dem Jahre 1635 und war eine Gründung des wallachischen Fürsten Matei Basarab. Die vernichteten Kunstschätze, darunter auch Kirchengüter, hatten einen Wert von 50 Millionen Lei und waren nicht versichert.

Durch die Dürre ist darüber hinaus die Gefahr einer katastrophalen Misere nicht sogar einer Hungernot, in bedrohliche Nähe gerückt. Am Mittwoch erließ die Regierung erneut einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem zu größter Sparsamkeit im Verbrauch der Getreidevorräte aufgefodert und strengste Rationalisierung befohlen wird. Darüber hinaus wurde die Ausfuhr von Getreide und Bohnen bis auf weiteres untersagt. Der noch im Lande vorhandene Reis wurde für die voranschreitenden Hungerdistanzen beschlagnahmt. Mit anderen Worten, die noch in Rumänien vorhandenen Getreidevorräte werden nur noch im Inlande verbraucht werden, was die Handelsbilanz sehr in Mitleidenschaft ziehen wird. Gleichzeitig wurden strenge Verfügungen gegen alle etwaigen Getreide Spekulationen erlassen.

# Hutchisons Sensation

## König Albert ermordet?

London, 9. Mai. Die englische Öffentlichkeit befaßt sich sehr eingehend mit einer als sensationelle zu bezeichnenden Rede, die Oberstleutnant G. S. Hutchison vor dem Schriftstellerverein in Nottingham gehalten hat. Hutchisons Ausführungen spielten darin, daß König Albert von Belgien keines natürlichen Todes gestorben, sondern ermordet worden sei. Die belgische Vorkriegs- und die Regierung in Brüssel haben diese Mitteilung sofort entrichtet zurückgewiesen.

Neben den angeblichen Hintergründen der Tat führte Hutchison aus: „König Albert war ein Kriegsgenosse. Er wollte an den französischen Fronten einer Kriegsverfälschung gegen das verteidigungslos Deutschland nicht teilnehmen.“ Hutchison führte weiter aus, daß der König von Belgien nicht an den Folgen eines Unfalls beim Bergsteigen gestorben sei. Ein Mann mit einem Teil um den Körper Kletterer nicht allein. Man solle hinaufgehen und sich den Berg ansehen, wo König Albert zu Tode gestürzt sei. Sein Fallschirm sei 20 Meter von der Leiche entfernt gefunden worden. Der Tode habe keine Verletzungen an den Händen oder am Körper aufgewiesen, wie sich Hutchison selbst überzeugt habe.

In einem Dementi, das aus Brüssel nach London herübergegeben wurde, heißt es: „Die Behauptungen Hutchisons vertragen keine Nachprüfung und hätten weitgehenden Ärger verursacht. Die Behauptung, daß man vom Tode des Königs nicht zu sprechen wage, sei Unsinn. Es hätte nie ein Zweifel über die Todesursache des Königs bestanden. Auch habe der König niemals ein Fernglas beim Bergsteigen getragen.“

Brüssel, 9. Mai. Der Präsident des belgischen Apinistenklubs äußerte sich in einer Unterredung mit einem Vertreter der „United Press“ über die Behauptung des englischen Schriftstellers Hutchison und sagte, alles, was bisher über den Tod des Königs bekannt geworden sei, mache es völlig unwahrscheinlich, daß ein Mord vorliege.

## Wer ist Hutchison?

Brüssel, 9. Mai. (Dava.) „Leit“ schreibt, daß Oberst Graham Seton Hutchison ein englischer Offizier ist, der während des Krieges mit aller Auszeichnung diente, dann von der nationalsozialistischen Bewegung eingenommen wurde und von seiner unbedingten Deutschfreundlichkeit auf verschiedenen Posten in Deutschland nach dem Kriegsende Zeugnis ablegte.

# Keine Lohnerhöhungen!

## Behördliche Warnung vor solchen „Greuelmärchen“

Offen, 9. März. Der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront in Würzburg warnt vor den in letzter Zeit in der Arbeiterschaft verbreiteten Gerüchten, daß angeblich vom Mai ab eine zehnprozentige Lohnerhöhung zu erwarten sei. Diesen irreführenden Gerüchten sei kein Glauben zu schenken. Der Reichszentralrat habe wiederholt und noch zuletzt am 1. Mai darauf hingewiesen, daß zunächst die Arbeitslosen wieder in Arbeit zu bringen seien. Erst wenn die Befreiung der Arbeitslosigkeit im großen und ganzen erreicht sei, werde sich „zwangsläufig“ eine Lohnerhöhung anschließen.

# Explozierende Feuerwerkskörper

## Eine Tote und drei Verletzte

München, 9. Mai. In einer Halle der Feuerwerkskörperfabrik A. G. Sauer ereignete sich am Dienstag aus noch un geklärt Ursache eine Explosion, durch die die Halle in Brand geriet. Dabei trug die 20-jährige Arbeiterin Ella Holzner tödliche Brandwunden davon. Eine andere Arbeiterin erlitt schwere, zwei weitere Arbeiterinnen leichtere Brandwunden. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus eingeliefert. Die Feuerwehr löschte mit zwei Schlauchleitungen den Brand.

# Die Jugend wird „erzogen“

Der „Deutsche Sturmtrupp“, Organ der Hitlerjugend, veröffentlicht einige „Karikaturen“, die von dem „Katholischen Kirchenblatt“ für die Diözese Berlin wiedergegeben und folgendermaßen gekennzeichnet worden sind:

„Das erste Bild zeigt einen Hitler-Jungen mit der Falkenkreuzflagge, hinter dem sich die verzerrte Gestalt eines katholischen Priesters erhebt, gekennzeichnet durch die Worte „Ultraschallreaktion“, mit der Unterschrift „Hab acht“. Das zweite Bild zeigt wiederum einen Hitler-Jungen mit der Falkenkreuzflagge und zu dessen Füßen der Kopf eines Weiblichen, aus dessen Munde ein Strahl hervorschießt, der die Unterschrift „Hähe“ und „Verleumdung“ trägt, mit der Unterschrift „Erdbeerschlag“. Das dritte Bild zeigt die verzerrte Gestalt des Kardinals von Inghelb, ein mit dem Falkenkreuz geschmückter Mann, der ihm mit einem Kusse entzogen, das die Aufschrift trägt: „Kardinal Hauffhaber Judentum Christentum Heidentum“. Die Unterschrift dieses Bildes lautet: „Mord mit dem Schwand“. Die Katholiken hätten keine Ehre mehr im Leibe, wenn sie sich gegen solche Niederträchtigkeiten nicht zur Wehr setzen würden.“

Die „Saarbrücker Landeszeitung“, das katholische Blatt des Saargebietes, bemerkt dazu:

Auch wer diese Bilder nicht selbst gesehen hat, kann sich nach dieser Beschreibung leicht vorstellen, weshalb ein solches Niveau ihnen eigen ist. Hier ist von der Axtuna, die der Führer des Reiches den christlichen Konfessionen zugesprochen hat und die auch ihre priesterliche Diener beanspruchen dürfen, kein leiser Hauch zu verspüren.

Daß dies der offizielle Geist von Hitlerien ist, sagt das katholische Saarorgan nicht. Es will „heim“...

# Die Transferkrise

## Auch Nordamerika erhebt Einspruch

Paris hat folgende Nachricht aus Washington verbreitet: „Infolge der Bemühungen gewisser Regierungen für ihre Staatsbürger, die Inhaber deutscher Wertpapiere sind, eine Vorzugsbehandlung zu erlangen, brachte die amerikanische Botschaft in Berlin der deutschen Regierung zur Kenntnis, daß die amerikanische Regierung jeder unterschiedlichen Behandlung zum Nachteil der amerikanischen Titelinhaber Widerstand entgegensetze. Deutschland sei in der Lage, Sonderabkommen mit gewissen Gläubigerländern zu verhindern.“

# Das Los des „Verteidigers“

## Für die Verteidigungsrede verurteilt

Vor dem Sondergericht in der Pfalz war angeklagt Rechtsanwalt Theobald Schulz aus Ludwigshafen, der am 20. März 1934 in einer Strafsache vor dem Frankenthaler Sondergericht als Verteidiger des Angeklagten Herbert Richter aus Pirmasens aufgetreten war, wobei Richter wegen beleidigenden Äußerungen gegen Gauleiter Bürdel zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er behauptet hatte, der Gauleiter sei Separatist gewesen. In seinem Plädoyer hatte Schulz den Gauleiter ebenfalls beleidigt. Er wurde vom Sondergericht deswegen heute zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es wurden eine Reihe von Zeugen gehört, darunter auch Gauleiter Bürdel selbst, der auf eigenen Wunsch am Schluß seiner Ausführungen durch den Vorsitzenden verurteilt wurde.

# Aufschlußreiches Inserat

Wir entnehmen der Nr. 88 vom 16. April 1934 der parteiamtlichen „Mensburger Nachrichten“ ein außerordentlich interessantes Inserat folgenden Wortlautes:

„Wir erklären, daß wir den ehemaligen Fortgeschrittenen Trepfen am 20. 7. 1933 zu Unrecht festgenommen haben, und daß wir die über ihn und seine Familie ausgesprochene Verleumdung zurücknehmen.“

J. Reich, B. Sturisch.“

Ist das nun eine Greuelnachricht oder nicht?

# Die Verfassung des Austrofaschismus

## Nur keine Volkswahlen mehr!

Von Otto Bauer

Der Bonapartismus hat die Despotie auf das Plebiszit gestützt. Hitler und Mussolini haben sich ihre Diktatur durch Volkswahlen und Volksabstimmungen befestigen lassen. Der österreichische Faschismus kann keinen ähnlichen Versuch wagen. Kein Druck, kein Terror könnte der faschistischen Diktatur in Oesterreich die Bestätigung durch die Mehrheit des Volkes verschaffen. So ist der Austrofaschismus gezwungen gewesen, seine Verfassung augenfällig gegen den Protest der Repräsentanten der Mehrheit des Volkes zu oktroyieren. So ist der Inhalt seiner Verfassung bestimmt durch das Bedürfnis, jede Äußerung des Volkswillens zu vermeiden.

Ein Kumpfparlament, von dem die 72 sozialdemokratischen Abgeordneten durch Regierungsdekret ausgeschlossen worden waren und zu dem die Abgeordneten der Großdeutschen und des Landbundes zu erscheinen ablehnten, hat die Verfassung beschlossen. 74 von den 163 Abgeordneten des österreichischen Parlaments, also nur eine Minderheit, haben für diese Verfassung gestimmt. Sozialdemokraten, Großdeutsche und Landbändler, also die Mehrheit, hat diesen in verfassungswidriger Weise zustande gekommenen Beschluß für null und nichtig erklärt. Und während die Verfassung der Republik vorschreibt, daß eine Gesamtänderung der Verfassung nicht nur eines Beschlusses des Parlamentes, der mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden muß, bedarf, sondern auch der Bestätigung durch das Volk selbst in unmittelbarer Volksabstimmung, hat der Bundespräsident Nikolaus die Verfassung auf Grund des Beschlusses einer Minderheit des Parlaments kundgemacht, ohne eine Volksabstimmung zu wagen!

Nur keine Volkswahlen mehr! Dieser angsterfüllte Wunsch bestimmt den Inhalt der Verfassung. Es gibt in dieser Verfassung kein vom Volke gewähltes Parlament mehr. 25 Jahre lang haben die österreichischen Arbeiter um das allgemeine und gleiche Wahlrecht gekämpft; es existiert nicht mehr. An die Stelle eines vom Volke gewählten Parlaments treten nicht weniger als 5 ernannte Körperschaften: vorerst ein Staatsrat, den der Bundespräsident nach seinem Ermessen ernannt, dann ein Bundeskulturrat, in den der Bundespräsident Vertreter der Kirchen und der Schulen beruft, drittens ein Bundeswirtschaftsrat, zu dessen Mitgliedern der Bundespräsident „vaterlandstreue“ Vertreter der wirtschaftlichen Korporationen ernannt, viertens einen Länderrat, der aus den vom Bundespräsidenten ernannten Säufern der Provinzialregierungen zusammengesetzt ist. Und diese vier vom Bundespräsidenten ernannten Räte wählen dann ihrerseits den Bundestag, dem die Regierung ihre Gesetzesvorlagen vorzulegen hat und der sie annehmen oder ablehnen, aber nicht abändern darf.

Der Wiener Volkswitz hat dieses System so charakterisiert; der erste Artikel der Verfassung sollte lauten: „Der Bundespräsident ernannt das Volk.“ In der Tat sind diese ernannten Räte und der von ihnen gewählte Bundestag keinem Parlament ähnlich, sondern viel ähnlicher jenem Staatsrat, den sich in alter Zeit der absolute Monarch beigegeben hat.

Es wäre pedantisch, im einzelnen darzulegen, daß in ähnlicher Weise auch die Landtage und die Gemeindevertretungen zusammengesetzt werden. Auch sie werden nicht mehr vom Volke gewählt. Die Verfassung vermeidet es, das Wort Republik zu gebrauchen; sie bezeichnet Oesterreich nicht mehr als Republik, sondern als Bundesstaat. In Wirklichkeit hört Oesterreich auf, ein Bundesstaat zu sein, da mit der freien Wahl der Landtage auch die freie Wahl der Landesregierungen durch die Landtage beseitigt wird, die Landeshauptleute von dem Bundespräsidenten ernannt werden, die Bundesregierung gegen jedes Landesgesetz Einspruch erheben kann und mit alledem die bisher souveränen Länder in bloße Provinzen verwandelt werden.

Wer ist aber der Bundespräsident, dem die Verfassung so weitgehende Vollmachten erteilt? Er wird folgendermaßen gewählt: Der Bundestag selbst, wie wir gesehen

haben, von den vom Bundespräsidenten ernannten Räten gewählt, ernannt drei Kandidaten für die Neuwahl des Bundespräsidenten. Die Auswahl unter den drei Kandidaten trifft dann eine Versammlung sämtlicher Bürgermeister Oesterreichs. Es versteht sich, daß in dieser Versammlung die Bürgermeister der Städte von den tausenden Dorfbürgermeistern überstimmt werden. Ein Wahlmodus, der absurd genug erscheint, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dieser Versammlung der Bürgermeister von Wien, auf das allein 1,8 Millionen von den 6,5 Millionen Einwohnern Oesterreichs entfallen, ebenso nur eine Stimme abgeben darf, wie der Bürgermeister des kleinsten Dorfes; dafür aber den unseugbaren Vortzug hat, dem bürgerlichen Merkmalismus die Entscheidung bei der Wahl des Bundespräsidenten zu sichern.

Die österreichische Verfassung enthielt bisher auch einen Katalog der Menschen- und Bürgerrechte. Er war in einem Gesetze enthalten, das 1867, nach der Niederlage von Sadowa, der bürgerliche Liberalismus den Habsburgern abgerungen hat. Jetzt tritt an die Stelle dieses Gesetzes ein Abschnitt der neuen, vom Faschismus oktroyierten Verfassung. Er ist für die Methoden des österreichischen Faschismus sehr charakteristisch. Jedes der in dem Gesetz von 1867 garantierten Grundrechte wird in der neuen Verfassung recipiert; nur wird jedesmal ein zweiter Satz hinzugefügt, der das Grundrecht wieder zur Gänze aufhebt. Zum Beispiel: In dem Gesetz von 1867 hieß es schlicht und einfach: „Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich.“ In der neuen Verfassung heißt es: „Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetze gleich. Sie dürfen in den Gesetzen nur soweit ungleich behandelt werden, als es sachliche Gründe rechtfertigen.“ In dem Gesetz von 1867 hieß es: „Die öffentlichen Ämter sind allen Stadtbürgern gleich zugänglich.“ In der neuen Verfassung heißt es: „Die öffentlichen Ämter sind allen vaterlandstreuen Bundesbürgern gleich zugänglich.“ In der Verfassung der Republik war die Gleichberechtigung der Frauen ausdrücklich festgestellt. In der neuen Verfassung heißt es: Frauen haben die gleichen Rechte wie die Männer, soweit nicht durch Gesetz anderes bestimmt ist.“ In der Tat bedeutet die Ersetzung des Grundgesetzes vom Jahre 1867 durch die neue Verfassung die vollständige Aufhebung der Schwurgerichte, der Pressefreiheit, der Freiheit der Wissenschaft, der Freiheit der Religionsbekenntnisse. Zugleich wird das mit der römischen Kurie abgeschlossene Konkordat, das die katholische Kirche privilegiert, zu einem Bestandteil der Verfassung erklärt.

Wird diese Verfassung, die Oesterreich weit hinter 1867 zurückwirft, jemals in Kraft treten? Sie ist vorerst nur proklamiert, nicht in Wirklichkeit gelebt. Für eine Uebergangszeit von unbestimmter Dauer ist der Regierung das Recht eingeräumt, zu dekretieren, was ihr beliebt. Sie hat selbst festzusetzen, wann und in welcher Weise die einzelnen Bestimmungen der Verfassung in Kraft treten sollen. Ob sie je in Kraft treten werden? Die Verfassung betrachtet sich selbst offenbar nur als einen Uebergang zu einer anderen Verfassung. Es ist nicht nur das Wort Republik aus der Verfassungsurkunde ausgemerzt worden, es ist auch den republikanischen Gesetzen über die Landesverweisung der Habsburger, über die Konstitution des Vermögens der Habsburger und über die Abschaffung des Adelstitels der Charakter von Verfassungsgesetzen entzogen worden, so daß die Regierung nunmehr in der Lage ist, diese Gesetze durch die bloßen Dekrete aufzuheben, wann immer es ihr beliebt. Aber an dem Tag, an dem den Habsburgern die Rückkehr nach Oesterreich erlaubt und ihr Vermögen als ein Fonds monarchistischer Propaganda ihnen zurückgegeben werden wird, wird die Welt entdecken, daß die Verfassung des Austrofaschismus nichts ist, als eine Verhüllung der Vorbereitungen der legitimistischen Restauration und damit ernsthafter Gefährdung des europäischen Friedens.

# Die Tragödie der Schweizer Freiheit

## In der Umarmung „freundnachbarlicher Beziehungen“

Einige notwendige Feststellungen von Friedrich Adler

Die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 2. Mai beschäftigt sich in einem Artikel mit dem Brief, den der Verfasser dieser Zeilen am 28. April an den Präsidenten des österreichischen Nationalrates, Dr. Ramek, gerichtet hat und der später in der „Internationalen Information“ sowie in einer Reihe von Zeitungen verschiedener Länder wiedergegeben wurde. Dieser Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist in mancherlei Richtung so aufschlussreich, daß die „Internationale Information“ durch seine wörtliche Wiedergabe in ihrer Dokumentenbeilage dazu beitragen wird, ihn zu verbreiten, ihn — niedriger zu hängen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ ist so gnädig, keinen Einspruch gegen das zu erheben, was Dr. Adler als Erklärmann des österreichischen Nationalrates an dessen Präsidenten schreibt, aber sie erhebt Protest gegen die Wiedergabe dieses Briefes „in der Pressekorrespondenz der Sozialistischen Internationale“ und sie schließt ihre Darlegungen mit der Drohung:

„Wenn Dr. Friedrich Adler fortfahren würde, das Sekretariat der Zweiten Internationale im Sinne seiner letzten Erklärungen in den Dienst des Kampfes gegen den österreichischen Staat zu stellen, könnte die Tätigkeit dieser Institution auf schweizerischem Boden im Interesse der guten Beziehungen zu dem Nachbarlande nicht weiter geduldet werden.“

Bedor wir auf den Kernpunkt der Frage, ob die Schweiz noch imstande ist, einer Institution internatio-

ner Meinungsfreiheit ihre Betätigung zu ermöglichen, eingehen, wollen wir den Vorwand, auf den die „Neue Zürcher Zeitung“ ihre Argumentation aufbaut, beiseite schieben. Die „Internationale Information“ hat stets die Pflicht erfüllt, über alle wichtigen Vorgänge in allen Ländern zu berichten und sie hätte bei einem Ereignis von der Bedeutung, wie sie die Beseitigung des demokratischen Parlamentarismus in Oesterreich besitzt, selbstverständlich in jedem Fall die Sozialisten des Landes zum Worte kommen lassen. Die Berufsleute dafür, Karl Renner, der Präsident des Nationalrates, und Karl Seitz, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion des Nationalrates, sitzen hinter Mauern und können gegenwärtig nicht aussprechen, was die 72 sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem Moment auszusprechen hätten. Nur ein im Ausland lebender „Erfahrmann“ konnte nach der Lage der Dinge seine Stimme erheben und es macht der Koblese der „Neuen Zürcher Zeitung“ alle Ehre, daß sie sich in den Dienst der Unterdrückung dieses Bekenntnisses zur Verfassungsmäßigkeit und zu den Grundrechten des Parlamentes stellt. Die „Internationale Information“ hat diesen Brief veröffentlicht, nicht weil er vom Sekretär der SWJ. geschrieben war, sondern weil er in diesem Momente die einzig mögliche Rundgebung für die Demokratie in Oesterreich erschien. Daß diese Rundgebung vollständig die Ueberzeugung der Mehrheit des österreichischen Nationalrates entsprach, kann die „Neue Zürcher Zeitung“ aus dem Bericht ihres Wiener Korrespondenten, den sie in der gleichen Nummer

vom 2. Mai veröffentlicht, ersehen, in dem über die Rechtsvermehrung der Großdeutschen und des Landbundes berichtet wird. Die Mehrheit der österreichischen Abgeordneten ebenso wie die Mehrheit des österreichischen Volkes lehnen den faschistischen Staatsstreich ab. Die „Neue Zürcher Zeitung“ hält es dagegen für ihre Pflicht, sich nicht in offenbaren Widerspruch zu den politischen Tatsachen in Oesterreich zu stellen. Es ist nicht unsere Aufgabe, uns mit der Zukunft der „Neuen Zürcher Zeitung“ zu beschäftigen. Aber aus diesem Artikel zeigt sich schon, daß, wenn einmal der Faschismus in die Schweiz einzuziehen sollte, die „Neue Zürcher Zeitung“ sich ebenso charakterfest verhalten würde, wie die „Freisinnigen“ Organe in anderen Ländern, wie die „Frankfurter Zeitung“ und die Wiener „Neue Freie Presse“. Diese haben sich nach dem Grundsatz gleichgeschaltet: Wenn es Mächtige gibt, dann immer an den Rockschößen der Mächtigen.

Aber lassen wir diese Bekenntnisse einer schönen Seele und wenden wir uns dem Hauptproblem zu. Wir vertragen kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sich seit der Nachtergreifung Hitlers wiederholt mit der Frage beschäftigt hat, ob dem Sekretariat der SWJ. auch in Zukunft in der Schweiz die notwendige Aktionsfreiheit gewährleistet sein wird, und daß das Büro in seiner Sitzung vom 24. März beschlossen hat, die Frage der Verlegung des Sitzes des Sekretariates auf die Tagesordnung der nächsten Exekutivtagung zu stellen.

Nachdem im August 1925 vom Kongress der SWJ. der Beschluß gefaßt worden war, das Sekretariat von London auf den Kontinent zu verlegen, haben das Schweizer Exekutivmitglied, Robert Grimm, und der Sekretär der SWJ., Friedrich Adler, beim Bundesrat Häberlin vorgesprochen, um mit ihm in aller Offenheit die Frage zu besprechen, ob für das Sekretariat der SWJ. in der Schweiz die nötige Aktionsfreiheit gegeben sei und ob auch der Sekretär und eventuell andere ausländische Angestellte des Sekretariates während ihres durch ihre Tätigkeit bedingten jahrelangen Aufenthaltes in der Schweiz die notwendige persönliche politische Bewegungsfreiheit genießen würden. Auf Grund dieser Besprechung konnte das Sekretariat nach Zürich verlegt werden, die Behörden haben es trotz mancher reaktionärer Pressehefte mit Loyalität behandelt und Herr Bundesrat Dr. Häberlin hatte auch einige Male die Gelegenheit festzustellen, daß das Sekretariat stets mit voller Loyalität gehandelt habe.

Die Siege des Faschismus in den Nachbarländern der Schweiz haben die Situation wesentlich geändert. Hier die Schweiz 1925 nur dem Trudie der italienischen Diktatur ausgesetzt, so ist sie nun schon zur Hälfte eingekreist von faschistischen Staaten. Unter dem Druck „freundnachbarlicher Beziehungen“ wird sie immer schwächer in der Behauptung der Rechte demokratischer Meinungsfreiheit und Kritik nach außen. Das ist nicht die Schuld der Schweiz, wohl aber ihre Tragödie.

Schon in früheren Zeiten erwies sich die Schweiz nicht immer stark genug, um dem reaktionären Druck von außen zu widerstehen. Aber als 1888 unter dem Tritt des Kürassierfeldmarschalls Bismarcks der „Sozialdemokrat“ und seine Leiter Eduard Bernstein und Kautzler ausgewiesen wurden, ging durch das ganze Land eine Welle der Empörung und Beschämung über die Erniedrigung, die die Schweizer Demokratie erfuhr. Der Sinn für die Ehre der Demokratie, der Sinn für die Freiheitsrechte des Volkes wird von den Redakteuren der „Neuen Zürcher Zeitung“ heute „lediglich“ in den politischen Merkmaligkeiten geächtet. Die reaktionäre Befinnung weiter Kreise des Bürgertums, die faschistischen Träume der Fronten schwächen die Widerstandskraft der Schweiz so sehr, daß die „Neue Zürcher Zeitung“, im Interesse der guten Beziehungen zu dem Nachbarlande“ zu erzittern beginnt, wenn gegenüber dem kleinen Dollfuß festgestellt wird, daß das, was in Oesterreich am 30. April geschehen, ein Staatsstreich war und seine neue „Verfassung“ und sein „Konkordat“ des Fundamentes parlamentarisch-verfassungsmäßigen Beschlusses entbehren.

Die Schweiz ist schwach geworden, immer mehr entfremdet sie sich von ihrer historischen Glanzperiode, in der sie der Hort der europäischen Demokratie war. Ihre Möglichkeit, Institutionen, die auf internationaler Meinungsfreiheit gegründet sind, die notwendigen Voraussetzungen der Tätigkeit zu garantieren, wird leider immer kleiner. Nur die Exekutive der SWJ. hat die Kompetenz, darüber zu entscheiden, wie lange der Sitz des Sekretariates der SWJ. noch in der Schweiz bleiben kann, ohne dessen Aktionsfähigkeit ernstlich zu gefährden. Der Schreiber dieser Zeilen, der die größere Hälfte der letzten 37 Jahre in der Schweiz gelebt und gearbeitet hat, würde es am meisten bedauern, wenn das Sekretariat verlegt werden müßte, aber es ist selbstverständlich, daß das Sekretariat der SWJ. nur so lange in der Schweiz bleiben kann, als seine Arbeitsmöglichkeiten, die auf der freien Meinungsäußerung basiert sind, gewahrt sind. Nicht das Sekretariat der SWJ. hat in den letzten acht Jahren seinen Charakter oder seine Wirksamkeit geändert. Aber die Schweiz hat sich gewandelt, ist unter den Druck faschistischen Einflusses geraten und die Perspektiven, die sich für die nächste Zukunft in dieser Tragödie eröffnen, sind leider trübe. So besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß der Sitz des Sekretariates der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in absehbarer Zeit in ein Land verlegt wird, das größere Widerstandskraft gegenüber dem faschistischen Druck besitzt. Mögen die Redakteure der „Neuen Zürcher Zeitung“ und andere Reaktionen dann triumphieren, von allen wirklichen Demokraten in der Schweiz wird diese Tatsache nur als ein Ausdruck der Ohnmacht der schweizerischen Demokratie empfunden werden.

## Der Weg nach Osten

In der Zeitschrift „Di-Europa“ lebt Werner Raffert aus, er hat das Studium Osteuropas vor allem die Aufmerksamkeit habe, die „Brücke zu den Oststaaten zu schlagen und dadurch — was nicht unterschätzt werden darf — in diese Staaten im Sinne einer positiven Zusammenarbeit eines kulturellen Austausches hinüberzuwirken.“ Wie sich nun Raffert dieses Hinüberwirkens vorstellt, sagt der Schluss seines Aufsatzes: „Der Weg nach Osten heißt auch in der Wissenschaft Kampf auf Vorposten um Neuland. Wir haben die Kleinheit zu leisten für den Ausbau des Westens, den der Führer und vorgezeichnet hat. Das ist heute die wissenschaftliche und politische Aufgabe des Osteuropastudiums.“ Frage: Sind das Friedensschmelzen oder Kriegsanfaren?

## Rußland will auf den deutschen Markt Höhere Einfuhr Rußlands nach Deutschland als deutsche Ausfuhr nach Rußland

Nach der Unterzeichnung des Schlußprotokolls der Verhandlungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung am 26. März haben nun, wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, neue Besprechungen begonnen.

Die neuen Besprechungen mit Deutschland haben nun, und das unterscheidet sie von früheren, nicht unmittelbar die Vergebung von Aufträgen an die deutsche Industrie zum Gegenstand. Vielmehr soll auf Grund von Abmachungen in den März-Besprechungen zunächst, wie man hört, in einzelnen geprüft werden, wie weit umgekehrt die Aussichten des russischen Warenabsetzes in Deutschland noch verbessert werden können. In Berlin bemüht man sich aber auch bei dieser Gelegenheit, den gesamten Geschäftsverkehr mit Rußland möglichst wieder zu beleben und sucht zu diesem Zweck den Russen soweit als möglich entgegenzukommen, zumal Rußland in diesem Jahr erhebliche Zahlungen an Deutschland zu leisten hat. (1935 werden dann nur noch verhältnismäßig bescheidene Beiträge fällig.)

Was die Möglichkeit neuer russischer Aufträge betrifft, so dürften, im Vergleich mit dem Umfang der Bestellungen früherer Jahre, vorläufig freilich nur bescheidene Summen in Frage kommen. Bisher wenigstens scheint man nur von allenfalls RM. 50 Mill. Sonderaufträgen gesprochen zu haben, neben den laufenden, hauptsächlich auf Ersatz- und Zusatzerlieferungen beschränkten Aufträgen von RM. 4 bis 5 Millionen je Monat. Selbst die Zusageaufträge sollen nicht einmal unmittelbar, sondern erst in späteren Monaten vergeben werden. Zum Vergleich: 1931 betrug die russische Auftragserteilung in Deutschland noch über RM. 900 Millionen, 1932 etwa 400 Millionen und selbst 1933 noch etwa RM. 140 Millionen, während in den bisher abgelaufenen Monaten von 1934 höchstens für etwa RM. 20 Millionen bestellt worden sind. Also eine steil abfallende Kurve. Aber selbst einer solchen bescheidenen, für uns deprimierend doch erst sehr spät wirksam werdenden Wiederausdehnung der russischen Bestellungen stehen noch Schwierigkeiten im Wege. Denn die Russen verlangen erneut Kreditfristen, die über die Rahmenbedingungen des Pjatakoff-Abkommens — welche für die normalen Auftragserteilungen demnächst bis 30. Juni 1935 verlängert werden sollen — noch wesentlich hinausgehen würden. Während in diesem Abkommen eine Höchstkreditfrist von 28 Monaten vorgesehen war, möchte man russischerseits — analog den, wohl gemerkt, nicht unerfüllten Wünschen an kapitalkräftigere Länder — jetzt auf 5 bis 6 Jahre kommen! Und außerdem bleibt noch die schwierige Lage des russischen Warenabsetzes in Deutschland zu klären. Bestimmte Rohstoffe (Flachs, Eisenerze usw.) oder auch Naphthaprodukte könnte Deutschland trotz der neuen Anläufe zur verstärkten Eigenerzeugung (besonders für Flachs in Ostpreußen mit großen, frischerstellten Zuberbeitungsanlagen in Ostpreußen) vielleicht noch in vermehrtem Umfang beziehen, falls Rußland daran wirklich überschüssige Mengen haben sollte; diese Lieferungen könnten vorläufig völlig in Mark bezahlt werden, die Rußland zur Abdeckung seiner früheren Verbindlichkeiten benötigt.

Beachtung verdient aber, daß sich der Warenaustausch in letzter Zeit bereits stark zu Gunsten Rußlands verschoben hat. Nach der Sowjet-

Statistik ist 1933 bei einer von 704 auf 348 Millionen Rubel gedrosselten Gesamteinfuhr, die unter dem Zwang zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bekanntlich erstmals zu einem Außenhandelsüberschuß von 147 Millionen Rubel führte, der deutsche Anteil auf 148 (328) Millionen gesunken, während die russische Ausfuhr nach Deutschland im Rahmen einer Gesamtausfuhr von 496 (574) Millionen nur von 101 auf 86 Millionen Rubel sank. Im Januar d. J. bezog Deutschland sogar für 6 Millionen Rubel Waren (Januar 1933: 11 Mill.), während es für RM. 3 Mill. (Vorjahr: 23) nach Rußland absetzte und im März war die russische Einfuhr (nach der deutschen Statistik) etwa dreimal so groß wie unsere Ausfuhr nach Rußland. Seinen guten Willen hat Deutschland aber nicht nur durch den Warenbezug gezeigt; erst vor kurzem wurde der größte Teil des vorjährigen Ueberbrückungskredites von 140 Millionen RM. nochmals auf 14 Monate verlängert.

Den handelspolitischen Standpunkt der Sowjets bringt die Zeitschrift der Berliner Handelsvertretung soeben erneut zum Ausdruck. Es wird darin zunächst gesagt, daß der erste Fünfjahresplan Rußland genügt habe, Warenkredite bei ausländischen Lieferanten in Anspruch zu nehmen, wodurch 1932 kurzfristige Kredite von rund 1400 Millionen Rubel entstanden. (Inzwischen seien sie nach einer kürzlich Mitteilung Stalins auf Rubel 450 Millionen zurückgegangen). Rußland sei jetzt nicht mehr gezwungen, diese oder jene Maschine auf jeden Fall einzuführen und brauche deshalb nicht auf die von den Lieferanten gestellten Bedingungen einzugehen, wenn diese kommerziell unvorteilhaft seien. Rußland habe also kein besonderes Interesse an kurzfristigen Warenkrediten, die die Kosten des Ankaufs beträchtlich erhöhen und von denen man früher infolge der Notwendigkeit mit Eiletempo bestimmte Ausrüstungen einzuführen, Gebrauch machen mußte. Andererseits strebe Rußland nach keiner Autarkie. Seine Importgrößen seien deshalb nicht etwas von vornherein gegebenes und Unveränderliches. Die Möglichkeiten seien in dieser Hinsicht vielmehr äußerst elastisch und bei entsprechenden Kreditbedingungen könne der Sowjetmarkt eine zusätzliche Menge ausländischer Waren einführen.

„Wenn wir im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Import von passenden Kreditbedingungen sprechen, meinen wir selbstverständlich nicht die kurzfristigen Kredite, deren sich die Sowjetunion bis jetzt bedient hat und von denen sie auch weiterhin im Rahmen der Deckung ihres minimalen Importbedarfs nicht Abstand nehmen wird. Es kann hier von Warenkrediten, die die Kosten der Bestellung verteuern, nicht die Rede sein, sondern ausschließlich von solchen, die für langfristige, finanziellen Krediten, die für genügend lange Fristen auf normaler kommerzieller Grundlage gewährt werden.“

### Die russisch-deutschen Handelsbeziehungen

(in Millionen Rubel)					
Ausfuhr		Einfuhr		Gesamtumsatz	
1933	1932	1933	1932	1933	1932
85,7	100,5	148,1	327,7	233,8	428,2

(„Osteuropa“ Heft 7 nach „Ostexpress“)

### Zehn Pfennig Stundenlohn

In Schweizer Zeitungen lesen wir: „Die bekannte und große Firma St. Meyer u. Cie. Konstanz-Kreuzlingen bezahlt einem Teil der Arbeiter deutscherseits pro Stunde sage und schreibe 10 Pfennige, also rund 12 Rappen. Da die 40-Stundenwoche besteht, verdienen diese Leute pro Woche vier Mark, von denen noch das Kranken- und Invalidengeld abgezogen wird, so daß noch rund 3 Mark Wochenlohn übrig bleiben. Wir konnten diese Nachricht nicht glauben und haben uns näher erkundigt. Die betreffende Arbeiterin, die völlig zuverlässig ist, hat uns nun diese Nachricht bestätigt. Es handelt sich zwar um Leute, die erst eingestellt wurden und von der Fürsorge der Stadt noch einige Groschen erhalten. Sie könnten ja von 3 Mark unmöglich leben. Uns wird betuppt, daß Hochbetrieb herrsche und die Regierung deswegen nicht einschreite, weil auf diese Weise die Zahl der Arbeitslosen herabgedrückt werde. Das also soll das Mittel sein, um in Deutschland die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern! Später sollen dann die Leute mehr Lohn erhalten, wieviel, das kann man sich ausmalen. Daß auf diese Weise der Arbeitgeber, der heute mehr Recht in Deutschland besitzt als je — als auch zur Zeit der Monarchie —, auf eine gute Rechnung kommt, ist natürlich. Man mag politisch denken, wie man will, doch das wird jeder Gerechte gestehen müssen, daß 10 Pfennige pro Stunde unmöglich ausreichen, um nur das Brot aufzubringen.“

### Fristlose Entlassung

Wenn jemand die braune Majestät beleidigt

Das Reichsarbeitsericht nahm zur Frage der arbeitsvertraglichen Auswirkung der Sabotage und Verabwöhnung der nationalen Regierung und insbesondere der SA und SS den Standpunkt ein, daß ein derartiges Verhalten eines Arbeitnehmers einen wichtigen Grund zur fristlosen Entlassung im Sinne des § 20 BGB abgibt. Jede absichtliche Herabsetzung des Ansehens der Kampftruppen der nationalen Erhebung und jede Verhöhnung einer staatsfeindlichen, nämlich gegen die jetzige nationale Regierung gerichteten Behauptung ist als ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung eines Arbeitnehmers zu bewerten. Das gilt vor allem dann, wenn der betreffende Arbeitnehmer in einem im nationalsozialistischen Geiste geleiteten Betriebe lebt. (RMG. 17/34. — 28. März 1934.)

### Rentenkürzungen

Seit dem 1. Januar 1934

Lohnklasse	bisher	nach dem neuen Gesetz
Nach 250 Beitragswochen	RM jährlich	RM jährlich
1. Klasse	170,00	144,—
4. Klasse	216,—	151,20
7. Klasse	260,00	191,60
Nach 1500 Beitragswochen		
1. Klasse	246,—	192,—
4. Klasse	316,—	242,—
7. Klasse	376,—	292,—

Gleichzeitig wurden die Witwen- und Waisenrenten stark gekürzt. Der feste Grundbetrag von 42 Mark besteht überhaupt nicht mehr. — Selbstverständlich geht mit der Verminderung der Renten eine Erhöhung der Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber Hand in Hand.

### Passivität der Angestelltenversicherung (in Millionen RM.)

	Gez.-einnahmen	Gesamtausgaben	Beiträge	Leistungen	Vermögen
1932	446,7	263,6	287,7	231,5	2076,1
1933	428,7	288,2	276,0	278,6	2217,9

### Pensionskassen (in Millionen RM.)

	Beiträge	Rückstellungen	Zinsen u. sonstiges	Gesamteinnahmen	Leistungen	Verwaltungskosten	Gesamtausgaben
Arbeiterpensionskasse							
1932	72,8	85,1	9,7	167,6	152,5	7,1	169,6
1933	70,0	80,0	10,0	160,0	155,0	7,0	162,0
Angestelltenpensionskasse							
1932	20,4	5,5	5,6	29,5	32,7	1,2	34,0
1933	20,0	6,0	3,5	29,5	32,5	1,2	34,2

### Deutsche Sozialversicherung - passiv

Seit dem Aufbruch der Nation wird immer wieder verkündet, die Nazi würden die passive Sozialversicherung aktiv machen. Nun zeigt der Ausweis — trotz der angeblich siegreichen Arbeitsschlacht! — folgende Zahlen für 1933:

Gesamteinnahmen in Mill. RM. 1.095  
Gesamtausgaben in Mill. RM. 1.190

Die „Internationale Rundschau der Arbeit“ (Genf) sagt, daß selbst bei wesentlich gebesserter Wirtschaftslage das Passivum nicht verschwinden kann. Dabei ist das Genfer Arbeitsamt natürlich auf deutsche Zahlen und Berichte angewiesen!

### „Volksdeutsch“

Im Verlag Ph. Reclam jun., Leipzig, hat ein Dr. Franz Thierfelder ein Heftchen „Das Deutschtum im Ausland“ erscheinen lassen, in dem erzählt wird, daß erst die „nationale Erhebung des Jahres 1933“ zum Auslandsdeutschtum eine andere Einstellung geschaffen habe: der volksdeutsche Gedanke habe die staatspolitische kleindeutsche Auffassung überwunden. In „normales Deutsch“ übersetzt: Die Minderheiten sollen als Sprengkörper für des Oasas Reich verwendet werden.

### Eine dankte Anmerkung

In Bremen und Hamburg fanden kürzlich Außenhandeltagungen statt, auf denen zwar markig geredet, aber sachlich nichts gearbeitet wurde, denn die „Führer“ der Wirtschaft sind ratlos. Der „Wirtschaftsdienst“ schließt seinen nichtsagenden Bericht mit folgenden geheimnisvollen Sätzen: „Es heißt jetzt für alle Beteiligten: Folgt dem Appell und kräftigt euer Wollen durch tatkräftige Zusammenarbeit. Noch sind die Gegensätze auf vielen Gebieten wirksam. Wir scheuen uns nicht, sie aus dem Dunkel der anonymen Winkelarbeit in das Licht der publizistischen Meinung zu heben. Denn die Erkenntnis hebt den hellen Tag der Öffentlichkeit. Freilich nicht um des hässlichen Schauspiels willen gilt diese Forderung, sondern im Dienste einer überzeugenden Wahrheit die Leistung, Recht und Anspruch aus der lebendigen Wirklichkeit ableitet.“ Sind diese Sätze nicht ein einziges liberalistisches Vorurteil? Und: Was mag auf den Tagungen in Hamburg und Bremen wirklich geredet worden sein?

### Kartelle hoch!

Der Reichswirtschaftsminister hat die Betriebe, welche der 95 Prozent der Gesamtproduktion umfassenden „Wirtschaftlichen Vereinigung der Zigarettenindustrie“ nicht beigetreten waren, zwangsweise beigetreten und diese Zusammenfassung zusätzlich dadurch gesichert, daß er ein Neubau- und Erweiterungsverbot erließ und gleichzeitig die Wiederaufnahme von Betrieben verbot, die länger als drei Monate still gelegen haben. Der Preisdruck dieses neuen Kartells erstreckt sich nicht nur auf die Fabrikpreise, sondern auch auf die des Groß- und Kleinhandels.

### Von der Arbeitsschlacht

Aus den Generalversammlungsberichten der zur Gemeinschaftsgruppe gehörenden 6 Hypothekendarlehenbanken geht hervor: „daß eine wirkungsvolle Eindämmung der Hypothekendarlehen in die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch im ersten Viertel des Jahres 1934 nicht ermöglicht werden konnte“.

### Der Schrei nach den Kolonien

„Unter Führung des vom Reichskanzler ernannten Staatsrats Admiral von Trotha wurde in Berlin unter der Beteiligung der Hansatlände, des Verbandes deutscher Reeder, des Reichsverbandes der deutschen Industrie und von Marineorganisationen der Reichsverband deutscher Seegerleitung gegründet, der sich für Handelsflotte, Kolonien und Fremdenrecht einsetzen will.“

### Textilindustrie

Reine Binnenkonjunktur — Die Ausfuhr sinkt

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet:

Die Beschäftigung der deutschen Textilindustrie verharrt nach wie vor auf hohem Stande. Sie hat im Februar bereits das Niveau von 1928 überschritten und liegt nun etwa 25 Prozent höher als im vorigen Frühjahr. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit hat sich erhöht (März 1934: 7,48 Std. gegen 6,85 Std. i. V.). Mit dieser Beschäftigung steht die Textilindustrie wohl an der Spitze aller nicht unmittelbar von der Arbeitsbeschaffung geförderten großen Gewerbe. Besonders deutlich ist hier auch das binnenwirtschaftliche Gepräge der deutschen Wirtschaftserholung, denn nach allen Berichten vollzog sich der Aufschwung der Textilerzeugung, der seit über einem Jahr (mit einer kurzen Unterbrechung im letzten Drittel 1933) im Gange ist, bei gleichzeitigem Sinken der Textilwarenausfuhr. Mißt man den Umfang der Erzeugung, wie es oben vergleichsweise geschah, an dem Stand im Konjunkturtiefpunkt 1928, so ist also zu berücksichtigen, daß damals die Textilwarenausfuhr mit rd. RM. 2 Mdn. an der Beschäftigung der Textilindustrie einen weit größeren Anteil hatte als heute (Textilwarenausfuhr 1933 ca. 636 Mill.) Die Tätigkeit für den Binnenmarkt ist demnach noch größer, als der bloße Produktionsvergleich zeigt. Damit sind natürlich je nach der Exportbedeutung der einzelnen Textilgewebe gewisse Verschiebungen verbunden. Ein von jeher ausfuhrorientierter hochqualitativer Verarbeitungszweig wie die westdeutsche Seidenweberei oder die sächsische Stoffhandelschub-Industrie, die insbesondere auf den Absatz nach den Vereinigten Staaten angewiesen ist, sind trotz starken Inlandgeschäftes durch die Exportschwierigkeiten gehemmt.

### Die deutsche Golddiskont-Bank

verzeichnet für 1933 einen auf 6,4 Millionen zurückgegangenen Reingewinn. Die direkten Ausfuhrkredite des Instituts haben sich von 355 Millionen RM. im Jahre 1931 auf 126 Millionen RM. im Jahre 1933 verringert. Die Bilanzsumme zeigt eine Schrumpfung von 800 auf 610 Millionen RM., die Kreditoren von 304 auf 102 Millionen RM.

# Ballade vom Expresserjulius

Von Lot Anker. (Frei nach Otto Reutter)

„Jetzt ist die Zeit gekommen, in der Judenkläder kein deutsches Jugendhemd mehr versauen. Sollte sich aber doch mal ein Jude in solch eine Herberge verirren, dann seht ihn im hohen Bogen an die Luft. Irgendein Bauer wird schon noch Platz in einem Schweinestall haben. Dort mag er nütigen. Da ist er unter seinesgleichen.“

„Der Stürmer“, Nr. 30, Juli 1933.

Kennen Sie denn die Geschichte vom Expresserjulius schon? — Dann erlaubt, daß ich berichte die authentische Version:

Der Expresserjulius ist ein großer Mann im „dritten Reich“, sagt, daß ruhig könnt' kein Christ sein, eh' nicht jeder Jud' 'ne Leich'.

Denn sein christliches Gemüte ist von ganz besonderer Art, sein Sadismus steht in Blüte, mit Gemeinheitsdraug gepaart.

Da der Mann ein krimineller, vorbestrafter Psychopath, ging sein Aufstieg um so schneller im totalen Nazistaat.

Hitler machte freie Bahn seinem alten Putzackumpan:

Habt ihn lieb, diesen Typ, denn echt braun ist, was er schick! Sein Fanal heißt: Skandal, das ist wahrhaft national! Speit sein Mund Schmutz und Schund, das ist rassisch und gesund. Die Partei hält ihn frei, Ich, der Führer, steh' ihm bei!

Die Perversen und die Kranken sind vom „Führer“ sanktioniert, und so ist im Lande Franken Julius Streicher avanciert.

Früher war sein Blatt, der „Stürmer“, nur ein Rinnstein-Fabrikat, das im Kot gewühlt wie Würmer und sich daran göttlich tat.

Dieser „Stürmer“, der ist heute Frankens nationaler Hort, Leibblatt vieler tausend Leute (und nicht nur auf dem Abort!).

Nicht seit heut jedoch erst nennt man ihn „Expresserjulius“, nein, seit vielen Jahren kennt man ihn als Lump zum Ueberdruß.

Mit recht schmutzigen und recht festen Enten trieb er Politik, schnüffelte in fremden Betten, schimpfte: „Juderepublik!“

Diese (fahrend auf „Zerseyer“) ließen Streichers Töne kalt; und so kam's, daß dieser Hegez nur als harmlos Irrer galt.

Dabei ist der Mann notorisch eine komische Figur,

ist verrückt nicht provisorisch, nein: meschugge von Natur!

Belten rechts auch Feinde rings, — Republik sprach: Feind steht links!

Und so blieb dieser Typ ohne jeden Gegenlieb. Sein Fanal hieß: Skandal, national und sexual! Spie sein Mund, Schmutz und Schund — Streicher machte sich gesund. Die Partei stand ihm bei, Adolf Hitler blieb ihm treu.

Diese Treue war kein leeres, frasenhaft gemeinter Wahn, nein, der „Führer“, als Verehrer Streichers, hatte seinen Plan:

Julius soll die Juden quälen, hat er immer gut gemacht, — keinen Bessern könnt' er wählen für die große Judenschlacht!

Und so schrie sich Julius heißer zum Boykott der Judeheit, als der Judenhege Kaiser nützte er die große Zeit.

Einen Tag lang war er „Sieger“ über Judas Minderzahl, doch selbst Hitlers braune Krieger lachten im Parteilokal.

Als am Abend das Theater, des Boykotts zu Ende ging, kriegte Streicher einen Kater, denn von oben kam ein Wink:

Der Boykott ist abgeblasen, Stürmerjulius, räum' das Feld! Für die krümmen Judennasen seht sich ein die ganze Welt. —

Doch der „Führer“ ließ den alten Freund nicht unbelohnt zurück: Im Land Franken sollst Du walten, Frankens Sonne, Volkes Glück!

Und so waltet Julius Streicher seines Amtes seit Jahresfrist, wird an Unflat täglich reicher, Stürmer-Hahn kräht auf dem Mist.

Als Expresser, Judenschinder klingt sein Name weit und breit — Höchstes Glück der Menschenkinder ist doch die Persönlichkeit!

Willst im „dritten Reich“ gedeihn, mußst wie Julius Streicher sein! Die Moral, ganz banal, heißt auf neudeutsch-national: Der Skandal ohne Zahl ist des Nazi Ehrenmal! Judenhege, Klatschgeschwätz sind im „dritten Reich“ Gesetz, — merkt euch die Melodie: Streicher, made in Germany!

## Einfach konfus

Die Katastrophe des deutschen Journalismus

Aus einem Artikel, der im „Handelsblatt“ (Amsterdam) unter diesem Titel erscheint, zitieren wir die folgenden Passagen:

„Das Thema ist unerfreulich; denn kaum ein anderer Teil des Programms der nationalsozialistischen Revolution bietet dem Ausländer soviel Stoff für Kritik, stellt ihn vor soviel Widersprüche und reizt ihn zu solch bitteren Schlüssen. Es mag wohl richtig sein, daß die Presse sich nun im „dritten Reich“ in einem Uebergangsstadium befindet. Aber das Bild, das sie augenblicklich bietet, ist einfach konfus. Es genügt keinem einzigen Ideal, weder dem des Nationalsozialismus, noch dem der Schreiber und Leser vom alten Schlag... Erfahrene Journalisten, die wirkliche Nazis sind, kann man an den Fingern abzählen. Sie wurden vor dem 30. Januar 1933 nicht in die Berufsorganisationen aufgenommen und nicht für voll angesehen. Die Journalisten von vor 1933 gingen dabei von dem Standpunkt aus, daß die Hitlerpublizisten hauptsächlich journalistische Dilettanten waren, die keine wirklichen Tages- und Wochenzeitungen, sondern periodisch erscheinende Pamphlete herausgaben und daß solche minderwertige Schreiber nicht durch die Mitgliedschaft von einer Berufsvereinigung sanktioniert werden dürfte. Die Hitlerjournalisten dagegen vertreten heute noch den Standpunkt, daß der Journalist in erster Linie ein kämpfender Propagandist sein muß, und daß das (im Interesse des nationalsozialistischen Staates) höher steht als die publizistische Berufsethik. Deutsche und vor allem deutsche Nationalsozialisten sind Prinzipreiter. Seit die Hitlerpublizisten die Staatsmacht hinter sich haben, ist das Experiment mit der deutschen Presse in vollem Gang. Und hier müssen wir hinzufügen, daß das Resultat des ersten Jahres — auch nach der Meinung der Regierung und des Pressekommandanten — betrübend ist...“

In Deutschland ist die auch in technischer Hinsicht unzureichende Presse hauptsächlich ein Propagandaorgan von so aufstumpfenden und zu innerem Widerstand reizenden Charakter, daß man sich abfragt, ob sie in der „idealen“ Zukunft, die nur solche journalistische Produkte aus der Rotationspresse schleudern wird, für den denkenden Mensch noch zu lesen sein wird.“

## Judenhetze ohne Ende

In einer Betriebsräte-Konferenz in Nürnberg wurde nach einem Bericht im „Deutschen Lederarbeiter“ (Nr. 9/10, 1. April 1934) vom Kreisleiter Pg. Braun die Judenfrage aufgerollt und ausgeführt, „daß wir im Kampf gegen Alljuden nie erlahmen dürfen. Wir müssen in dem Juden immer den Feind unseres Volkes sehen. In den letzten Jahren, in denen man den Juden die Gleichberechtigung gegeben hatte, hat er gezeigt, was er mit dem deutschen Volke vorhatte. Ueberall konnte man sehen, daß der Jude versucht hat, und es ihm zur Zeit auch schon gelungen war, das Volk moralisch, körperlich und sittlich zu zersetzen und damit seinen Einfluß immer mehr zu stärken. Nie werden wir es hier in Franken dulden, das ein Jude Führer der deutschen Arbeiter wird.“

## Zeit-Notizen

Ein Hanussenbuch

Im Sebastian Brant-Verlag Straßburg erscheint demnächst ein Buch über das Leben des vor einem Jahre in Berlin ermordeten „Hellschers“ Erik Jan Hanussen. Der Verfasser, der frühere Berliner Chefredakteur Bruno Frei, hat die dokumentarischen Unterlagen der außergewöhnlichen Laufbahn dieses „Propheten des „dritten Reichs“ zu einer spannenden Reportage gestaltet, die durch zahlreiche zum Teile unveröffentlichte Fotos unterstützt wird.

Die Wiener Gemeindebauten — demolieren

Im „Oesterreichischen Beobachter“, einem Blatt der Heimwehr, meint ein Kritiker des Roten Wien, daß man die großen Wohnbauten, falls deren Instandhaltung zu teuer komme, unbenuzt und später demolieren werde lassen müssen. — Warum nicht? Der Faschismus versteht nichts so gut wie das Niederreißen.

## Freuden des Rundfunks

Nationalsozialisten sind begeisterte Rundfunkanhänger. Keine Feier ohne Rundfunk.

Ganz selbstverständlich also, daß sämtliche Vorbereitungen zur Maifeier durch das Mikrofon in alle Welt gesendet wurden. Anscheinend aber sind die Menschen in Deutschland, sofern sie nicht dem Stande der Regierenden angehören, noch nicht genügend dressiert, um immer und in jedem Augenblick richtige Antworten geben zu können, vielleicht auch hatten sie nicht das rechte Bewußtsein dafür, daß, wer vor dem Mikrofon spricht, zur Welt spricht.

Nur so ist es zu erklären, daß ein paar Nationalsozialisten beim Empfang der Arbeiter aus dem Reich, die am Festzug der Arbeit am 1. Mai teilzunehmen sollen, bei diesem Empfang auf dem Tempelhofer Flughafen durch Dr. Göbbels — verächtlich die Wahrheit sagten.

Große Begrüßung mit großem Hallo! Die von der Waterkant Kommen an Jeder gibt dem Reichspropagandaminister brav die Hand. Göbbels fragt leutselig — meist dasselbe — ein paarmal aber variiert er.

Göbbels: „Na, was sind Sie denn?“

Arbeiter: „Arbeiter bei Blohm und Voß.“

Göbbels nicht ohne Stolz: „Ab, haben Sie jetzt genug zu tun?“

Und der Arbeiter bieder: „Ja, wir bauen ja jetzt Flugzeuge —“

Aus ist die Unterhaltung, wie fortgewischt. Komisch, warum nur?

Selbst mit der ewigen Wiederholung der Tatsache, daß Berlin eine große Stadt sei, hat der Doktor nicht immer Glück, denn auf die Frage an einen Süddeutschen, ob er

sich auch in dem großen Berlin zurechtfinden werde, lautet die prompte Antwort: „Sie sind doch so klein, und Ihnen ist Berlin auch nicht zu groß.“ Tatsache, gewiß, aber Tatsache hin, Tatsache her, man hört so was nicht gern, wenn vor dem Mikrofon gesagt wird.

Als der kleine Mann mit dem großen Mund dann einen Flensburger (jedenfalls einen norddeutschen Fischer mit Namen Fischer) fragt, ob er sich vielleicht in Berlin eine Frau holen wolle, und der mit Händen und Füßen abwehrt, bemerkt Göbbels höflich: „Na, da muß ich aber die Berlinerinnen in Schutz nehmen. Ich hab mir doch schließlich selbst eine Frau aus Berlin geholt.“ Darauf der Fischer Fischer ernst — aber zweifelnd: „So —?“ und dann beruhigend hinzufügt: „Na — hoffentlich zufrieden —?!“ wofür er schallendes Gelächter erntete.

Als die Bayern ankommen, wird's mal wieder faul. Einer aus Bamberg erscheint. Göbbels huldvoll: „Woher?“ Der: „Bamberg.“ Fragt der Minister: „Und wie ist es da?“ Und der Bamberger — Wut in der Stimme —: „Ach, immer das schwarze Gesindel!“ Der Herr der Propaganda, Reichsminister, dem alle Deutschen nichts als Volksgenossen sein sollten, jetzt mehr denn je, statt zu opponieren, meint freundlich und aufmunternd: „Na, da werden Sie wohl mit fertig?“ Der andere brummt: „Ja.“ Aber der Minister will es genau wissen: „Wie lange wird's noch dauern?“ Ein zweifelnder: „Ja —“, dann fester: „Wir hoffen, jetzt mit ihnen aufzuräumen —“

Die Welt hätte voller Staunen den ersten Minister der Propaganda hören können, wie er zum Bruderkampf im eigenen Lande aufforderte. Die Welt hört zu wenig Radio, nichts gibt es, was besser über Deutschland aufklärt, als die

deutsche Sendung. Man muß gehört haben, wie diese Zeitgenossen am Mikrofon sich aufbläsen, wenn sie den Nachbarstaaten eins auswichen, und wann geschähe das nicht? Beinahe bei jeder Nachrichtendurchgabe. Wenn gar die Stunde der Saar schlägt, dann wundert sich der Laie, daß es ausländische Diplomaten gibt, die sich einen solchen Ton gefallen lassen. Man scheint im Auslande zu meinen, Rundfunk sei eine innerpolitische Angelegenheit eines Volkes? Aber es ist eine innerpolitische Angelegenheit, die weit über ganz Europa zu hören ist.

Wer Rundfunk hört, weiß, daß in Deutschland keine Deutschen mehr leben — nur Nationalsozialisten, deren Nationalismus ebenso gut ausgeprägt ist wie — ihr Sozialismus. Nur eine Tatsache fiel bei den Vorbereitungen zur Maifeier auf: Am Mikrofon sprach nicht mehr der Dr. Göbbels von früher, am Mikrofon sprach ein Mann, der am Ende seiner Kraft zu sein schien, der keinen einzigen neuen Gedanken mehr produzieren konnte, der mit einer müden, gelangweilten Stimme immer wieder dieselben Fragen stellte, kaum hinhörend, was der Befragte antwortete.

Wenn man Göbbels, der gerade — was auch der Rundfunk mitteilte — wieder einen Sieg über seinen Parteigenossen Göring dadurch errufen hat, daß Göring jetzt auch noch „freiwillig“ auf seinen Posten als Preußischer Minister des Innern zugunsten von Dr. Frick verzichtet hat, damit „Preußen der erste Staat sei, der die Reichseinheit praktisch durchführe“, wenn man diesen abgeheugten Dr. Göbbels wirklich mit dem Nationalsozialismus identifizieren kann, dann steht es faul an die Nazis.

Und das wäre eine der größten — Freuden des Rundfunkhörers.

## Prüdes Paris Von H. Fraenkel

Wissen Sie noch, wie das war, als Sie zum ersten Mal nach Paris kamen? Wissen Sie noch, junger Mann? — Hoffentlich waren Sie damals noch ein junger Mann — ein sehr junger Mann? Es war schon fast Mitternacht, als Ihr Zug in der Gare du Nord einlief, und in jeder anderen Stadt wären Sie jetzt erst einmal ins Hotel gefahren, hätten ruhig ausgepackt und sich dann gleich schlafen gelegt. — Nicht so in Paris. Es hatte Sie doch schon an der Grenze das Fieber gepackt. Als Epinay hatten Sie gar nicht mehr sitzen können in Ihrer D-Jug-Ecke. Dann der Bahnhof, Stimmengewirr in der fremden, melodiosen Sprache. Taxijagd um finstere Ede. Hinter jeder Schien ein Abenteuer zu wühlen, ein unehört erregendes. Dann Licht. Viel Licht, spiegelnd im regenassen Asphalt. Das sind die Lichter von Paris. „Ca, c'est Paris,“ hat es in Ihnen gejubelt. Sie waren im Kaufsch.

Schnell, mit fahriger Hand hatten Sie ins Hotelregister gefrühelt, den Koffer unangepackt in eine Ecke gefeuert, nur keine Sekunde verlieren, rasch hinaus auf die nächtlichen Boulevards, mit klopfenden Pulsen, mit geblähten Nüstern sind Sie herumgerannt. „Ca, c'est Paris,“ sang es in Ihrem Blut — hinter jeder Tür witterten Sie das große Abenteuer; wenn ein Paar an der Straßenecke sich sankte, ahnten Sie einen Roman; in jedem Mägensträger sahen Sie einen Apachen, in jeder kleinen Kutsche eine „grande Cocotte“.

Am nächsten Tag waren Sie vielleicht schon etwas abgekühlt. Trotzdem, nach der Heimkehr von der ersten Reise, sprachen Sie nur mit leichtem Augenrollen und Jungenschmalzen von Paris. Das hat sich dann allmählich gegeben, und nach der fünften oder sechsten Reise merkten Sie, daß es zweierlei Paris gibt: das richtige, das gar nicht so leicht zu erkennen und schwerer zu erschließen ist, als das spröde Mädchen — und das andere, weniger spröde Paris, das Mister Thomas A. Cook zum Wohle des großen Reisepublikums erfunden hat.

Wenn also am Cafe de la Paix die großen Autobusse stehen, mit der Aufschrift „Rundfahrt durch Paris von 7 bis 9 mit Damen, von 9 bis 11 Rundfahrt durch das nächtliche Paris, 10 Francis Ausschlag, nur für Herren, Gentleman only“, dann ist es gewiß überflüssig, solche Mitteilung auch in der Vondesprache zu machen. Denn die Franzosen oder gar die Pariser selbst wollen das gar nicht so genau wissen. Anschauungsunterricht aus dem Pariser Nachtleben — was immer man da den Fremden zeigt, das ist den Parisern

nicht nur zu teuer, sondern vor allem auch zu unanständig. Man hat nicht nur die alte Tradition der berühmten Amüsierstadt mit dem sündhaft tolen Nachtleben, das die Fremdenindustrie zu zeigen und auch darzustellen hat — man hat doch schließlich auch seine moralischen Prinzipien, man ist nicht nur die sparsamste Nation der Welt, sondern man hält auch auf ein streng solides Familienleben, man ist sogar ein wenig prüde.

Man ist viel weniger auf Lebensakziden bedacht als darauf, daß der Sohn eine möglichst gute Partie macht, daß die Tochter anständig und mit guter Mitgift unter die Haube kommt, und daß man sich selbst, möglichst in den fünfzigern, als Rentier zurückziehen kann.

Paris — das ist wie eine nicht mehr ganz junge Chantonnette, die allabendlich, leicht geärgert und mit eindeutiger Geißte, die zweideutigsten Dinge singt, dann aber, sobald der Vorhang gefallen ist, sich abschminkt, treu und brav mit der letzten Untergrundbahn nach Hause fährt, für sich und die Familie ein nahrhaftes Essen kocht, und vor dem Schlafengehen nie vergißt, die Einnahme des Tages sorgfältig in den Strumpf zu tun.

Paris, das wahre Paris ist hoch moralisch, sehr bourgeois und etwas prüde. In Paris, im echten Paris, Familienanschluß zu finden, das ist fast noch schwerer, als sich der ausdringlichen Lockung des anderen Paris erfolgreich entziehen zu können.

Dessen Fremdenindustrie muß jede Saison fleißig für eine Auffrischung jener tolen Sündhaftigkeit sorgen, die für Dollars und andere Edelvaluten einen Marktwert hat.

Daß die tolle Sündhaftigkeit in der letzten Zeit ein bißchen altbacken geworden ist, hat sich freilich allmählich in Amerika herumgesprochen und ich habe manchen Lebemann aus Kansas City und Denver das Loblied anderer Metropolen als Sündenbabel in schrillen Tönen singen hören.

So hätten beispielsweise London, Berlin oder Barcelona begründete Aussicht, auch ihre eigene tolle Sündhaftigkeit bald im großen Stil edelvalutarisch anzuhäufeln, wenn sie nicht das Pech hätten, daß sich solche glänzenden Perspektiven an einer Zeit eröffnen, wo auch die Valuta von Denver und Kansas City ihren Edelwert verloren hat.

Somit würde diesen Städten gewiß bald vor ihrer eigenen tolen Sündhaftigkeit so bange werden, daß sie genau so prüde werden müßten wie die Pariser.

## Das Haus der Zukunft

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird von einem Musterhaus in Mansfield (Ohio) berichtet, in dem amerikanische Ingenieure alle ausschweifenden Träume der Technik verwirklicht, den heute erreichbaren Gipfelpunkt an Bequemlichkeit, Behaglichkeit und Gesundheit erklimmen haben. Zwanzig Ingenieurabteilungen der Westinghouse-Gesellschaft haben damit ein „Laboratorium für Haushaltsforschung“ geschaffen. Ein achträumiges Wohnhaus, verschwenderisch mit elektrischer Kraft (dreifach soviel wie im Durchschnittshaushalt) ausgestaltet mit 19 eingebauten Motoren.

Da hören wir von 820 Glühlampen, darunter solche mit ultravioletter und infraroten Strahlung, elektrisch geheizter Laube auf dem Dach, von der Versorgung mit warmer oder gekühlter reiner Luft, von Türen, die von selbst aufgehen, Garagentüren, die auf einen Knopfdruck im anfahrenenden Auto durch Fernstrahlung geöffnet werden. In der Küche ist ein laufendes Band, das der Hausfrau — der Haushalt ist ohne Hausgehilfin gedacht — das Aufstehen bei der Arbeit erspart. Die Speisen kommen in einem Wagen, der sie nach Bedarf warm oder kühl zum Tisch bringt. Fünf Rundfunkapparate sind im Haus, einer davon in der Waschküche, zu der ein Fernsprecher führt, ebenso von jeder Wohnung zur Haustüre. Wäsche und Geschirrspülung besorgen natürlich Maschinen, wie jede andere Küchenarbeit.

Es gibt noch eine Reihe raffinierter ausgedachter Einrichtungen, namentlich Beleuchtungstechnik: selbsttätige Glühlampen in allen Schränken usw. usw.

Seltene Zeit! Da verkommen ungezählte Millionen ohne Unterfunktion, schlafen in kalten, feuchten, sinkenden Pöckern. Kinder teilen ihr Lager mit Tuberkulosen und Geschlechtskranken. Mehrere Familien rauhen sich um das gemeinsame Kuschel, den einen Abtritt — und da werden Wunder verwirklicht, an die kein Märchenständer gedacht hat. Wäre es nicht einfacher und zweckmäßiger, einen kleinen Teil der Reichtümer, in denen die kapitalistische Gesellschaft erstirbt, zunächst einmal zu verwenden, um all den Obdachlosen und in schenlichen Wohnungen Verkümmerten ein bescheidenes Unterkommen zu schaffen? Ein Häuschen mit den notwendigen Helfern — wie gern würden sie sich rühren, um alle die Arbeiten zu verrichten, die hier die Technik spielend für Müßige leisten soll!

Aber nein — denen, die schon nicht wissen, wie sie ihre freien Stunden totschlagen sollen, muß noch mehr Zeit zum Romanlesen, Kaffeeklatsch und Kinobesuch gegeben, muß die Ede ihres mühseligen Daseins noch leerer gemacht werden. Und ehe man die wenigen Milliarden verwendet, durch die alle sechhaft und glücklich gemacht werden könnten, wirft man viele Milliarden hinaus, um Lumpen jeder Art: Pinkertons und Faschisten, zu besippen, die jene in ihrem sinkenden Schmutz, diese in ihrer parfamierten Lebensbude, festzuhalten. Das ist die Inflation auf der Spitze im ausgehenden Kapitalismus des zwanzigsten Jahrhunderts!

## Verschwenderisches Schottland

Von H. Fraenkel

Es ist ja gar nicht wahr, daß die Schotten so geizig sind, — und die Geschichte von dem schottischen Familienvater, der am Tage vor Weihnachten seinen Revolver entlud, um den im Nebenzimmer aufstehenden Kindern zeigen zu können, der Weihnachtsmann habe seinen Selbstmord begangen, — diese Geschichte ist genau so frei erfunden wie die zahllosen anderen Geschichten, die man sich über den sprichwörtlichen Geiz der Schotten erzählt.

Nun muß man wissen, daß die allerbesten dieser Geschichten immer von den Schotten selbst erfunden werden, und daß es keinen dankbareren Zuhörer, keinen aufrichtigeren Kolporteur eines guten Schottenwises gibt, als einen echten Schotten.

Das allein ist schon ein schlüssiger Beweis dafür, daß die Schotten in Wirklichkeit alles andere als geizig sind.

Nur wer sehr viel Geld (und noch mehr Kredit) hat, kann es sich leisten, dauernd mit seiner Armut zu kokettieren; wer wirklich ein armer Teufel ist, spricht nicht gern davon.

Nur die Führer der Kunst, im Sport und überall im Leben — nur die ganz großen Meister dürfen so unbescheiden sein, mit Bescheidenheit zu posieren. Auf die Frage eines Unwissenden, ob er denn auch Klavier spielen könne, die lässige Antwort geben: „Ja, ich klapmere so ein bißchen!“, das darf ein Paderewski, nicht aber einer, der sich gerade bemüht, die Freitarten für sein erstes Konzert unterzubringen.

So ähnlich ist das auch mit den Schotten. Auch wer nie in deren schönem Lande war, wer nie einen leidenschaftlichen Schotten gesehen hat, müßte sich eigentlich sagen, daß Leute, die so gern und oft und dauernd ihren eigenen Geiz beweihele — daß solche Leute gewiß ganz besonders freigebig, großzügig und verschwenderisch sein müssen.

Das sind sie ja auch. Die Schotten sind ganz und gar keine Tummhäuser. Sie lieben nicht nur Rummelplätze, sondern Rummel und Betrieb in jeglicher Form, und der gute, der beste, der allerbeste Whisky, den man so bekanntlich in Schottland macht — der wird durchaus nicht nur für schnelles Geld exportiert, sondern reichlich auch im eigenen Lande vertilgt. Die Schotten sind ein besonders gastfreundliches Volk.

Alljährlich am 12. August beginnt in Schottland die Saison der Schneepfen- und Hasanenjagd, und jedes Jahr in der zweiten Hälfte des August bis tief in den September hinein sind die riesigen Schlösser der schottischen Grundherrschaft bis unter das Dach besetzt mit Gästen, deren wesentlicher Lebenszweck es ist, die strengsten Aufenthaltsgesetze englischer Societs aufs genaueste einzubalten: also Mai, Juni und Juli, von der Ascot-Woche abgesehen, in London zu verbringen, den Winter in Ägypten oder an der Riviera, den Herbst bei den Fuchsjagden in Leicestershire und eben die zweite Hälfte des August und die erste des September in Schottland, um Schneepfen und Hasanen zu schießen.

Daß für die ausgedehnte Gastlichkeit, die zu dieser Zeit in allen schottischen Schlössern und Landhäusern entfalteter wird, Sparsamkeit das leitende Gesetz ist, kann man ganz gewiß nicht behaupten. Sehr viele dieser schönen Schlösser und Landhäuser werden übrigens von ihrer Herrschaft nur in den wenigen Wochen bewohnt, in denen man Schneepfen und

Hasanen schießt. — Welche Verschwendung! — Und das im „sparsamen“ Schottland! —

Auch der „King“ pflegt alle paar Jahre einmal Weihnachten nicht in Sandringham oder Windsor zu verleben, sondern in Braemar Castle, seinem schottischen Sitz.

Selbstverständlich ist auch zur Zeit der Schneepfen- und Hasanenjagd die königliche Familie nebst vielen Hausgästen stets auf dem schönen und uralten Schottenschlösser zu finden, das nicht weit von Inverness liegt, etwa eine gute Autostunde von der großen Stadt Edinburgh.

Inverness aber ist die Stadt, in der angeblich, nächst Aberdeen, die allergeizigsten aller Schotten wohnen.

Stimmt ja gar nicht. Die Schotten sind die freigebigsten Verschwender. Wer heute nach Schottland reist — auch wenn er zufällig nicht beim König in Braemar Castle oder in einem anderen schönen Schloß als Hausgast geladen ist, — der kann immer noch die gute Luft, den schönen Strand und den Hochwald umsonst genießen.

Nur für den guten Whisky muß er bezahlen. — Und das gehört sich auch so.

## Als Voronoff debütierte

Bis 1922 hatte der jetzt so berühmte Verjüngungsprofessor Voronoff seine Kunst nur an Affen ausprobiert. Auf dem in jenem Jahre in Paris stattfindenden Kongreß der Chirurgen führte der Professor zum ersten Male die Operation an einem Menschen aus. Ein 74jähriger Mann, der fünfzehn Jahre seines Lebens in Indien verbracht hatte, gab sich zum Versuchskaninchen her. Dieser Mann hatte nichts mehr zu verlieren, er war durch das indische Klima körperlich völlig zusammengebrochen, konnte keine Treppen mehr steigen und hatte sein Gedächtnis fast völlig verloren. Voronoff nahm ihn in Behandlung, führte die Drüsenoperation aus und zum Erstaunen der Mitglieder des Kongresses konnte der Greis nach seiner Wiederherstellung alle seine Glieder wieder gebrauchen und sagte aus dem Gedächtnis dreihundert Verse Shakespeares auf. Das war Voronoffs Debüt.

## Adler kämpft gegen Regenschirm

Auf einer Wiese in Toskana graste friedlich eine Hammelherde, wohlbehütet von dem Schäfer Nicolai, als plötzlich diese idyllische Ruhe durch das Herandrängen eines Königsadlers gekört wurde. Der Adler wollte einen der jungen Hammel greifen, als der Schäfer mit einem Regenschirm, seiner einzigen Waffe, dazwischenfuhr. Der Adler, durch den unermuteten Angriff in Wut versetzt, floh auf den Schäfer und seinen aufgespannten Schirm los und geriet die Schutzwaffe mit einigen wohlgezielten Schnabelstichen. Dreimal ging der Adler wieder in die Luft, und ließ sich mit voller Wucht auf den Schäfer fallen. Erst als ein zufällig in der Nähe befindlicher Bauer auf die Rufe des Ueberfallenen zu Hilfe eilte, gelang es, den Adler in die Flucht zu schlagen.

## Vergessene Gesetze

Im Laufe der Jahrhunderte werden viele Gesetze gemacht, aber manch eines wird vergessen, ohne daß es außer Kraft gesetzt worden ist. Da hat nun ein Doktor der Jurisprudenz in London in den Archiven gewährt und Polizeiverordnungen und Gesetze hervorgegraben, die, da sie nicht außer Kraft gesetzt, noch heute ihre volle Gültigkeit haben. Wohl kein heiratsfähiger Mann kennt folgendes Gesetz: Wenn ein Mann, der eine verheiratete Frau heiratet, sie, nur mit einem Hemd bekleidet, aus den Händen des Priesters empfängt, so ist er nicht genötigt, ihre Schulden zu bezahlen. — Der Körper eines Schuldners kann auch nach seinem Tode mit Beschlagnahme belegt werden. — Besonders wichtig ist die folgende Verordnung: Befitzer von Eseln sind genötigt, denselben die Ohren zu verkürzen, damit ihre Länge nicht die Pferde erschrecke. — Im letzten Jahrhundert soll eine Bestrafung auf Grund eines dieser Gesetze nicht mehr vorgekommen sein.

## Ein Maulwurf untergräbt Hollywood

Die Polizei von Hollywood hat jetzt einen guten Fang gemacht. Man bemerkte seit einiger Zeit, daß die Mauern eines großen Ladengeschäftes seltsame Risse aufwiesen, die von unterirdischen Arbeiten herrühren mußten. Die Polizei fing an, sich für die seltsamen Erdarbeiten zu interessieren und sich dabei auf ein Tunnellaborium von Gängen, in deren Mittelpunkt ein mit dem letzten Luxus ausgestattete Höhle sich befand. Riesenumengen von Baren waren dort aufgeschapelt, aber erst nach elf Tagen eifrigsten Suchens konnte man des Maulwurfs habhaft werden. Es handelte sich um einen langgesuchten Verbrecher, der seit zwei Jahren hier unter der Erde lebte, um von unten her die größten Geschäfte Hollywoods anzubohren. Nach einem heftigen Feuergefecht, bei dem der Bandit verwundet wurde, erfolgte die Festnahme des menschlichen Maulwurfs.

## 3000 Bilder in der Sekunde

Ein englischer Fotograf hat jetzt einen Apparat konstruiert, mit dem er 3000 Bilder in der Sekunde fotografieren kann und so z. B. Vorgänge wie das Zerplatzen einer Seifenblase, das Rotieren eines Propellers, den Flug eines Insektes. Der Apparat besteht aus fünfzig nebeneinander montierten Objektiven, die eine beträchtliche Lichtstärke besitzen. Eine rotierende Scheibe dient als Verschluss. Durch einen Nistzylinder in dieser Scheibe wird jedes Objektiv belichtet. Die Umdrehung der Scheibe dauert eine sechzigstel Sekunde, so daß also in der Sekunde die Lichtöffnung sechzigmal an jedem Objektiv vorbeirast. Auf einer einzigen Platte 12:18 können diese Bilder aufgenommen werden, so daß zum Schluß die fünfzig Platten der fünfzig Objektive zusammen 3000 Aufnahmen ergeben. Ein Vorgang, der sich in der Zeit von tiefer einer Sekunde abspielt, wird also in dreitausend Einzelphasen zerlegt.

# Handstreich an der Saar?

## Präsident Knox schreibt an den Völkerbund

Berlin, 8. Mai.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am Montag den Mitgliedern des Völkerbundes zum Zwecke der Information folgenden Brief des Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, vom 30. April 1934 zugeleitet:

„Herr Generalsekretär! Als die Regierungskommission vor etwa einem Jahr den Rat auf die Besorgnisse aufmerksam machte, die ihr der Druck einflößte, der auf die Beamten des Saargebietes ausgeübt wurde, hatte sie noch die Hoffnung, daß die Zusicherungen, die ihr in den Debatten und Entschliessungen des Rates vom 27. Mai 1933 gegeben wurden, genügen würden, um eine Verzögerung hervorzu-  
zurufen.“

Trotzdem haben schon die zahlreichen Ver-  
richte, die von der Regierungskommission  
seitdem an den Rat gerichtet wurden, ge-  
zeigt, wie ungewiß diese Aussagen  
waren.

Immerhin hat es sich bisher nur um individuelle Ver-  
letzungen gehandelt. Jetzt indessen hat sich innerhalb des  
Körpers der Polizei ganz kürzlich ein Vorfall abgepielt, der  
der Regierungskommission die ernsteste Sorge bereitet.  
Es handelt sich um eine gemeinsame Kundgebung, die am  
20. April 1934 im Laufe der Generalversammlung der Ver-  
einigung der Polizeibeamten von Saarbrücken stattgefunden  
hat. Der Vorsitzende dieser Vereinigung, selbst Sicherheits-  
beamter, konnte ohne Widerspruch der 60 Polizeibeamten, die  
anwesend waren, eine Entschliessung von angeblich  
politischem Charakter ablassen, die er am nächsten  
Morgen der Regierungskommission übermittelt hat.

In dieser Entschliessung wendet sich die Vereinigung der  
staatlichen Polizeibeamten von Saarbrücken — ohne übrigens  
besondere Gründe anzuführen — gegen die kürzlich erfolgte  
Einstellung von Polizeibeamten deutscher Nationalität und  
wendet sich zugleich gegen die etwaige Herbeiführung aus-  
ländischer Hilfsträfte, um die Aufrechterhaltung der Ruhe  
und öffentlichen Sicherheit im Saargebiet zu garantieren.  
Es muß gleichzeitig festgestellt werden, daß der Berliner  
Sender in der Lage war, schon am 21. April 1934 die erste  
Nachricht dieser Entschliessung zu verbreiten, und daß der  
Annahme dieser Entschliessung eine ununterbrochene Ver-  
arbeitung durch den Rundfunk und durch gewisse Zeitungen  
vorangegangen ist, die sich gegen die neuen Polizeibeamten  
richtete.

Diese außergewöhnlichen Tatsachen genügen allein, um die  
genannte Kundgebung zu belächeln. Die Regierungskom-  
mission, die nicht dulden kann, daß Polizeibeamte sich  
zu solchen Verfehlungen gegen die Disziplin hinreißen  
lassen, hat die notwendigen Strafmaßnahmen, teils  
disziplinarer, teils verwaltungsmäßiger Art, ergriffen.

Dieser bezeichnende Zwischenfall kann die Bedenken  
nur verstärken, welche die Regierungskommission schon  
mehr als ausgedrückt hat. Seine möglichen Folgen scheinen  
ihm um so mehr einer aufmerksamen Betrachtung durch den  
Völkerbundrat wert zu sein, als seit einiger Zeit im Saar-  
gebiet Gerüchte umliefen, die von der

Möglichkeit eines Handstreiches gegen das  
gegenwärtige Saarregime

sprechen. Diese Gerüchte weisen auf extreme Elemente hin  
und stammen einmal von dieser politischen Richtung, einmal  
von jener.

Die Regierungskommission, die, ohne bisher allzuviel Ge-  
wicht auf diese Gerüchte zu legen, sich darauf beschränkt hat,  
ihren Ursprung festzustellen — mit den augenwärtigen  
Mitteln, über die sie verfügt —, sieht sich  
veranlaßt, ihnen eine größere Beachtung zu schenken. Die  
Gerüchte treten in der Tat immer häufiger auf, werden der  
Regierungskommission durch die verschiedensten Kanäle an-  
getragen und

werden insofern auch konkreter, als sie sich in Projekte  
umlegen, die vielleicht extravagant erscheinen, deren Ver-  
wirklichung aber, wenn man die Umstände bedenkt, nicht  
mehr in das Reich der reinen Fantasie verwiesen werden  
können.

Im übrigen muß die ununterbrochene Agitation, die sich die  
Zurückwendung gewisser Elemente der Polizei zum Ziel setzt,  
diese Bedenken noch verstärken.

Es wird dem Rat nicht entgehen, daß alle Pläne,  
wenn sie tatsächlich existieren, sich nur in höchstem Grade  
ausarbeiten lassen, umgeben von unzähligen Vorichts-  
maßnahmen. Die Regierungskommission hat allerdings  
keinen sicheren Beweis, daß diese Pläne wirklich existieren.  
Wie dem aber auch sei und wenn derartige Pläne jemals  
gefahrlieh sein sollten, ist sie der Überzeugung, daß er eines der  
wirksamsten Mittel ist, um ihre Verwirklichung zu ver-  
hindern, oder diese Gerüchte zum Schweigen zu bringen, die  
eine schon erregte öffentliche Meinung noch weiter erregen-  
den Völkerbund öffentlich darüber zu unter-  
richten, den die Saar-Regierung im Saargebiet vertritt.  
gez. Knox.“

Der Präsident der Regierungskommission, Herr Knox,  
handelte völlig zu Recht, wenn er angesichts des  
sich beständig steigenden Terrors der Saar-National-  
sozialisten und ihrer militärischen Vorbereitungen den  
Völkerbundrat mit allem Nachdruck auf die hier  
drohende Gefahr aufmerksam macht, die um so größer ist,  
als der Regierungskommission eine entsprechende zuver-  
lässige Truppe zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung  
und Sicherheit abgeht. Die Zahl der Symptome und der  
Beobachtungen, die man in bezug auf solche Putsch-  
absichten der Nazis immer wieder feststellen kann, sind  
legion, und es kann nicht bestritten werden, daß weder  
an den Grenzen, noch im Innern der Saar genügend  
Schutz vorhanden ist, um die Autorität, das Prestige und  
die Ehre des Völkerbundes zu wahren und die Voraus-  
setzungen einer Volksbefragung gemäß ihrer vertrag-  
lichen Grundlagen zu garantieren. Der Völker-  
bundrat hat nunmehr das Wort

## Brandherd an der Saar

### Der Ruf nach internationaler Polizei

PARIS, 9. Mai. Das Schreiben des Vorsitzenden  
der Regierungskommission des Saargebietes, Knox, an den  
Völkerbundrat wird von der französischen Presse allgemein  
veröffentlicht und zum Teil im Anschluß an die deutsche  
Saarabstimmung von Zweibrücken besprochen. Nahezu ein-  
heitlich stellen die Zeitungen dem Schreiben die Ueberschrift  
voran: „Ist im Saargebiet ein Gewaltstreich in Vorberei-  
tung?“

Der „Petit Parisien“ glaubt, wie schon eine gehern  
verbreitete Meldung voraussetzte, daß eine Völkerbunds-  
kommission in Saarbrücken Ermittlungen über die Be-  
dingungen einer unabhängigen und geschützten Abstimmung  
anstellen werde, so daß der Völkerbundrat selbst erst in  
seiner September-Session Zeitpunkt und Bedingungen der  
Abstimmung festlegen werde. Wenn diese langsame Methode  
angewandt werde, dann würde, so schreibt der „Petit  
Parisien“, der von Knox in seinem Schreiben gemeldete Zu-  
stand noch monatelang andauern. Das wäre sehr nachteilig.  
Die Saarabstimmung bedürfte eines wirklichen internationalen  
Schutzes, damit sie vor jeder Ueberraschung geschützt  
vorbereitet werde und dann normal vollzogen gehen könne.  
Das Blatt glaubt nicht, daß man solange auf diesen Schutz  
warten könnte. Wohlwoll baldiger Schutz wäre der beste  
Schutz.

Das „Petit Journal“ erklärt, das Schreiben des  
Präsidenten Knox an den Völkerbundrat und die Rede des  
Nichtpropagandaministers in Zweibrücken zeigten den Ernst  
der Lage in einer Region Europas, die als Vindalied  
zwischen zwei großen Nationen hätte dienen können und aus  
der die deutsche Selbstheit einen Brandherd zu machen drohe.

Der „Araar“ fordert die Schaffung einer genügend starken  
internationalen Polizei. Man müsse, so schreibt er, die Macht  
zeigen, damit man sie nicht einzusehen brauche.

## Monsignore Testa

### Kommt erneut ins Saargebiet

Mar. Testa, der bereits im vergangenen Jahr im Auf-  
trage des St. Vaters ins Saargebiet weilte, wird in den näch-  
sten Tagen, wie wir erfahren, wiederum hier eintreffen.

# Im holländischen Urteil

## Holland antwortet!

Wir entnehmen aus „De Nieuwe Rotterdamse  
Courant“:

„Ein Rotterdammer Bürger wollte in der Berliner Ausgabe  
des „Völkischen Beobachters“ eine Annonce aufgeben, und  
das Anzeigenbüro, dessen Vermittlung er in Anspruch nahm,  
empfangt ein paar Tage später ein Briefchen von dem Zentral-  
Verlag der NSDAP, München, dessen zweite Zeile lautete:  
„Bevor wir die Annonce veröffentlichen, fragen wir Sie ver-  
traulich an, uns den Namen Ihres Auftraggebers zu nennen  
und uns die Sicherheit zu geben, daß er von reinartiger  
Abstammung ist. Das Anzeigenbüro gab darauf folgendes zur  
Antwort: „Haben Sie sich vielleicht in der geographischen Lage  
von Rotterdam geirrt? Rotterdam liegt nämlich in Holland,  
und wir vermuten, daß Sie wissen, daß man in Holland  
keinen Unterschied macht zwischen Ariern und Nichtariern.  
Wie haben Sie sich das eigentlich gedacht, daß wir die Ab-  
stammung unseres Auftraggebers feststellen müssen? Bisher  
waren wir der Meinung, daß man in Deutschland Wert auf  
ausländische Kunden legt. Aus Ihrem Brief erlaßt sich gerade  
das Gegenteil. Wenn wir Ihnen einen guten Rat geben  
dürfen: Schreiben Sie dann nicht mehr solche Briefe an aus-  
ländische Firmen; denn wirklich man denkt hier in Holland  
anders: Sie machen sich damit hier schließlich nur lächerlich.“

## Passiver Widerstand

Aus der „Post Scripta“ der Haagischen Post zitiieren wir  
die folgenden Sätze:

„Es gibt in Deutschland, wenn sich dies auch nicht in aller  
Oeffentlichkeit zeigt! Wir wissen wohl, daß man darüber  
nichts zu hören bekommt, weil die Zeitungen unter scharfer  
Kontrolle stehen. Andererseits darf man wohl annehmen, daß  
auch der schwarze Kommunismus sich gegen die große Macht  
der Regierung nicht aufzuheben wagen wird. Es sind daher  
indirekte Anzeichen vorhanden, die von nicht wählender Ver-  
bitterung zeugen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr überall  
vor das nationalsozialistische Parteischild spannen. Dafür  
sind die Löhne zu niedrig, dafür ist das Leben zu düster und  
dafür fordern die nationalsozialistischen Organisationsformen einen  
zu hohen Prozentsatz von den niedrigen Einkünften. Viele  
halten sich heute neutral, und sie scheinen sich diesen Luxus  
nicht leisten zu können.“

## Deutschlands Zwiespältigkeit

Aus einem zusammenfassenden Artikel von „De Nieuwe  
Rotterdamse Courant“ über Deutschland zitiieren wir:

„Es ist das Fehlen von Bremen auf jedem Gebiet im  
Nationalsozialismus, das so beunruhigend ist. Man merkt  
nichts von konzentrierter Inflation. Die Grundzüge,  
die Minister Schmidt hinsichtlich der Industrie proklamiert  
hat, waren gesund, aber nicht nationalsozialistisch. Ihre Ver-  
wirklichung wird durchkreuzt von der künstlichen und for-  
cierten Arbeitsbeschaffung, die nicht zu zügeln ist. Die  
Grundzüge der Reichsbank hinsichtlich des Münzwesens sind  
gut, aber sie werden mit kreditstiftenden Maßnahmen durch-  
geführt. Man bezahlt seine Schulden nicht mehr wegen der  
Stabilität des Geldes, aber man hemmt die schreckenerregende  
und eine Inflation heraufbeschwörende Tätigkeit der Regie-  
rung nicht. An der Spitze des finanziellen Departements  
sitzt nichtsdeshalb ein Mann mit gesunden Ansichten.  
Wenn dieselben Gegenstände zeigen sich auch in der Aus-  
landspolitik. Die Beamten, die dies alles ausführen müßten  
und ihre gesunde Urteilskraft noch nicht verloren haben,  
werden schwindelig davon. Sie sehen, daß Hitler mit ver-  
nünftigen Argumenten Vortheile verbietet, so wie er z. B.  
im Mai den Plan der vierzehntägigen Judenverfolgung so  
auf wie möglich unterdrückt hat, und zwar unter dem Einfluß  
von ebenso zynischen wie vernünftigen Ueberlegungen.  
Aber sie sehen gleichzeitig Dinge ihren Paus nehmen, die das  
Land in schnellerem Tempo nach dem Abgrund führen. Sie  
hören genau wie wir friedliche Reden, aber sie hören daneben  
die Ruffen der militärischen Kostenanschläge; sie hören ge-  
sunde wirtschaftliche und finanzielle Ueberlegungen und sehen  
die Säulen des Himmels und der Erde für die Stütze  
der schwebenden Schuld eröffnet; sie müssen dem Ausland

## Hitler will Rache?

### Ablehnung aller Garantien für die Rückgliederung . . .

„Petit Parisien“ teilt mit, der Dreierauschuss habe sich, um  
die Saarländer vor jedem Druck zu schützen, an die deutsche  
und französische Regierung gewandt und beide gebeten, die  
Verpflichtung zu übernehmen, keine Repressalien gegen die  
Saarländer zu ergreifen, die sich für eine andere Lösung als  
diejenige ausgesprochen haben, die aus der Abstimmung her-  
vorgeht. Die in dieser Richtung in Paris gemachten Son-  
dierungen seien natürlich so günstig wie nur möglich aufge-  
nommen worden. Frankreich, das der Meinung sei, daß das  
Saarvolk allein das Recht habe, über sein zukünftiges Los zu  
entscheiden, habe sich bereit erklärt, die angeregte Verpflich-  
tung freiwillig zu übernehmen. Dagegen — und das werde  
niemand überraschen — habe die Berliner Regierung der  
gleichen Aufforderung eine kategorische Weigerung entgegen-  
gesetzt. Baron Aloisi sei darauf noch einmal in Berlin vor-  
gestellt geworden, aber bisher seien keine Bemühungen nicht  
von Erfolg gewesen . . .

## Der Galgen

Unterschied, 9. Mai. Die Unterschlender Nationalsozialisten  
haben für den Führer der Freiheitsfront Max Braun einen  
Galgen errichtet und eine Puppe daran aufgehängt mit der  
Aufschrift: „Achtung, armer Max, Du bist den letzten Jung  
verpakt!“ Da kann man wirklich nur mit dem Galgler am  
Kreuz sagen: „O Herr, vergeb ichnen, denn sie wissen in ihrer  
Dummheit nicht, was sie tun!“

Im übrigen sieht die Polizei von Unterschied rubig zu, wie  
die NSDAP in kompletter Uniform über die Straße geht,  
Parteiabzeichen, Hakenkreuz auf roter Plakette usw. trägt  
und die nationalsozialistischen Bewohner öffentlich auf  
der Straße anpöbelt. Und wie die Alten jungen, so zwitschern  
die Jungen: — Die Kinder antinationalsozialistischer Eltern  
sind in der Schule von beständigen Beleidigungen und Diskri-  
mierungen umgeben und einen Schutz der Aufsichtspersonen  
oder der Exekutivorgane ist anscheinend nicht zu bekommen.

## „Heil Hitler“ bei der Polizei

Um die Rückständigkeit der badischen Polizei gegenüber der  
Polizei in anderen Ländern auszugleichen, ordnete der  
Innenminister an, daß von nun an auch die Polizeibeamten  
und die Gendarmen statt des militärischen den Hitler-  
gruß zu erwidern haben. Man kann nicht sagen, daß diese  
Verordnung bei der Polizei gerade mit Begeisterung aufge-  
nommen worden ist.

nachlaufen und gleichzeitig infolge von allerlei lächerlichen  
Maßregeln die Ausfuhr ruinieren. Das ist nationalsozial-  
istische Ungeduldigkeit. Ist es ein Wunder, daß die  
Leute davon schwindelig werden? Und ist es ein Wunder,  
daß die Elemente der Unterwelt aus der SA und der Partei  
sich immer freier bewegen? Sie wissen langamerhand ziem-  
lich genau, wo gestreift wird und wann man ihnen freien Lauf  
läßt. Die Nacht Görings wird das Bremsen nicht vereinfachen.“

## Kirchliche Opposition

An anderer Stelle lesen wir in „De Nieuwe Rotterdamse  
Courant“:

„Die christlichen Kirchen weitefern, vor allem in Berlin,  
mit ihrem Einfluß auf die Jugend gegen den national-  
sozialistischen Staat. In diesem Streit zeigt sich die evange-  
lische Kirche, die mehr auf den Staat angewiesen ist, tole-  
ranter als die katholische. Im tiefsten Herzen sind aber beide  
Kirchen davon überzeugt, daß die Jugend sich ihnen ent-  
fermet. Für die Eltern war es lange Zeit eine Quelle der  
Sorge, daß der Hitler-Jugend-Dienst die Kinder so stark in  
Anspruch nahm. Man beklagte sich, daß sie dem Elternhause  
und der Schule so viel entzogen und daß sie häufig über-  
anstrengt wurden. Die zunehmenden Klagen haben schließlich  
dazu geführt, daß man die Zeit einteilte, die für die Familie,  
die Schule, den Jugenddienst und für die religiösen Bedürf-  
nisse bestimmt war. Aber damit ist die Jugendfrage für die  
Kirchen noch keineswegs gelöst. Beide christlichen Kirchen  
sehen dem Arierparagrafen feindlich gegenüber. Sie be-  
trachten ihn als Verletzung ihrer Auffassung vom Christen-  
tum. Der katholische Klerus weist den Paragrafen härter ab,  
der evangelische nicht so aus tiefem Herzen. Gewan das  
nationalsozialistische Dogma, daß Christus kein Jude, son-  
dern ein Arier gewesen sei, führen die Kirchen unter Ver-  
rufung auf die Heilige Schrift an, daß der Heiland aus dem  
Stamme Davids entsprossen sei. Der Berliner ist im übrigen  
wenig für solche Diskussionen zu finden. Sie kommen ihm  
viel zu mittelalterlich vor.“

## SA-Doktoren

Zur Drückbergerei und den zahlreichen Austritten aus  
der SA und der SS, bringt „De Nieuwe Rotterdamse  
Courant“ u. a. noch folgende interessante Einzelheit. Es  
scheint nach vielen Anzeichen nun doch deutlich, daß auch die  
eingesetzten Nationalsozialisten einmal genug kriegen von  
den ewigen kriegerischen Übungen und dem Marschieren,  
wovon ihr Magen und ihr Beutel nicht voll wird. Da man  
aber nicht ohne weiteres austreten kann, ohne sich großen  
Gefahren auszusetzen, erkant man alle möglichen Tricks.  
Wir zitiieren weiter im Wortlaut: „Beschuldigt ist auch eine  
Ercheinna, die unter den Doktoren viel befohlen wird.  
Läbliche Ärzte haben sich um dem gewöhnlichen SA-  
Dienst zu entziehen, als SA-Doktor, also als eine Art von  
Gesundheitsoffizier auszugeben. Es läßt nun auf, daß die  
Partei immer dieser Ärzte stets so besetzt sind durch SA-  
Leute, daß die Doktoren für ihre anderen Patienten so auf  
wie keine Zeit mehr haben. Nicht weit unter den SA-Leuten  
sowie Kranke sind; die Braubenden verlangen vielmehr  
von ihren Ärzten zu Tausenden Rente, auf Grund deren  
sie vom Dienst befreit werden können.“

## Schutzhaft . . .

„Wir haben einige Male lesen können, daß ein Volkshaus  
Rundgebungen abgehalten hat gegen katholische Zeitschriften,  
obwohl alles das, was die Blätter schreiben, unter scharfster  
Kontrolle der Obrigkeit steht. Wenn hier in Holland ein  
Volkshaus so etwas veruchen würde, würde man ihn  
schleunigst auseinanderreiben. Unsere „schwache“ Obrigkeit  
läßt sich auf diese Weise keine Gehe durch den Böbel vor-  
schreiben. Die „Rache“ deutsche Obrigkeit geht aber anders zu  
Werke. Wird gegen ein Blatt demonstriert, dann kommt die  
Redaktion ins Gefängnis. Das heißt dann in Schutzhaft. Die  
einzigste Manier von Beschügen, die die deutsche Obrigkeit  
kennt, ist also, den Schlingling ins Gefängnis zu setzen. Das  
hat sich nun schon bei vielen Gelegenheiten gezeigt.“

# Pariser Berichte

## Pariser Straßenkalender

Anlässlich der Eröffnung der Pariser Messe im Ausstellungspark sind zahlreiche Fremde vor dem Himmelfahrtstage in Paris eingetroffen.

Der Wiener Rechtsprofessor Verdross hielt in der Rechtsfakultät der Sorbonne zwei Vorträge über „Die allgemeinen Grundsätze des Rechts und des Völkerrechts“.

Für Bruno Walter wurde ein Empfangsabend in Paris unter Teilnahme des österreichischen Gesandten, des französischen Generaldirektors der schönen Künste, Huisman, der Komponisten Darius Milhaud und Florent Schmitt und zahlreicher anderer Persönlichkeiten gegeben.

Am Pfingstsonntag findet in dem bekannten Heilbad Vichy ein französisch-deutsches Rugby-Match statt.

Im Generalrat von Seine-et-Oise brachte der Vertreter von Maisons-Lafitte einen Antrag ein, des Inhalts, daß dieses Departement aufgehoben werde. Der Antrag will, daß die Stadtteile des Departements zum Departement der Seine geschlagen werden, während die Landgemeinden an die benachbarten Bezirke übergehen sollen.

Am zweiten Pfingsttag wird die große Lafayette-Ausstellung in der Orangerie der Tuileries eröffnet, anlässlich des Jahrhundert-Gedenktages des großen Revolutionärs und Generals.

Josefine Baker will die Hauptrolle in einer wenig bekannten Offenbach-Operette „Die Kreolin“ spielen.

### Esprit Pioch erringt einen großen Sieg

Wir haben ausführlich über den Prozeß der falschen Haifische berichtet, über die Geschichte in Saintes-Maries-de-la-Mer, dem Fischerort in der Camargue, am Rhone-Delta, Esprit Pioch hatte bekanntlich, um seinen Ort zu einer weltberühmten Badestadt auszugestalten, viele Millionen Schulden kontrahiert und, um Geld in die Kassen zu bekommen, städtische Aufträge durch Tote ausführen lassen. Außerdem wurden von den Fischern Prämien für nie erlegte Haie erhoben. Das Geld wanderte aber nicht in die Privattaschen.

Esprit Pioch erhielt zum Schlusse mehrere Jahre Gefängnis. Jetzt fanden in seiner Gemeinde, die bekanntlich der größte Zigeunerort von Frankreich ist und ein Wallfahrtsort dazu, die Ersatzwahlen zum Rathaus statt. Sie hatten den Erfolg, daß die Pioch-Liste, genannt die der Arbeiter und Bauern, gegen ihre Feinde, genannt die Verteidigung der Lokalinteressen, mit der Mehrheit von 232 gegen 159 Stimmen gewählt wurde. Diermal hatten bestimmt keine Toten abgestimmt, und der Triumph des gestürzten Diktators der Camargue ist groß.

### Die anonymen Briefe von Toulon

Wir haben vor einiger Zeit über eine tolle Geschichte anonymen Briefe unflätigen Inhalts aus Toulon berichtet. Eine nicht mehr ganz jugendliche Dame aus guter Familie, Melle Germaine P o u i l l o t war deswegen zu sechs Monaten Gefängnis, mit Bewährungsfrist, und 300 Franken Geldstrafe verurteilt worden.

Jetzt hat das Berufungsgericht in Aix-en-Provence sich mit dem Fall befaßt und angenommen, daß ein Zweifel an der Schuld vorläge, gerade was die Gutachten der Schreibsachverständigen angehen, und die Angeklagte freigesprochen. Der Fall hat seinerzeit in ganz Frankreich Aufsehen erregt.

### Stavisky kennt Stavisky nicht

Unter dieser Überschrift veröffentlicht André Laphin eine Reportage mit einem anderen Stavisky, einem Namensvetter des großen „eseroc“, der mit diesem jedoch nichts als eben den Namen gemein hat. Die Schilderung ist trotzdem ganz lehrreich.

Es gibt in Paris gegenwärtig, man braucht nur das Adreßbuch aufzuschlagen, nur einen Monsieur Stavisky. Dieser ist Pelzhändler, erste Etage, in einem Laden der rue d'Alexandre. Ein Mann in den vierziger Jahren empfängt den Besucher:

„Eigentlich heißen Sie aber wohl Stawisky, mit w, mein Herr?“

„Ach, das ist das gleiche, das kann man schreiben, wie man will. Ich schreibe mich Stavisky, weil ich durch die Gründung des polnischen Staates Pole wurde, aber ich bin als Russe geboren, meine Eltern waren Russen.“

„Indessen ist es doch wohl weit vom ehemaligen Russisch-Polen bis zu dem Lande, aus dem der Vater von Sacha-Alexandre Stavisky stammte.“

„Vielleicht sind wir aber trotzdem aus derselben Familie. Der Name Stavisky ist nicht so verbreitet. Ich bin der einzige im Pariser Handel, der so heißt.“

„Und Sie haben ihn gekannt?“

„Eben nicht. Das ist ja das Merkwürdige. Ich bin schon seit 1912 in Frankreich und war nie noch nicht mal, daß es im Jahre 1926 schon einen Stavisky-Skandal gegeben hat.“

In diesem Augenblick schaut Madame Stawisky, die nebenan Felle genäht hat, herein, ebenso freudig schauend wie ihr Mann: „Tut mir leid, daß ich ihn nicht gekannt habe. Wenn die Bilder in den Zeitungen stimmen, bist Du nicht so hübsch wie er. Ich hätte ihn vielleicht geheiratet und wäre so ebenfalls Madame Stavisky geworden, bloß mit v.“

Das ist aber nur ein Scherz, denn M. Stawisky mit seiner weiten Stirn, seinen großen Augen, seinem klaren Gesicht ist sicher angenehmer zu schauen als sein seliger Namensvetter, der Rasta...

„Sie sind geborener Jude?“

141 Trinité 43-13  
Métro Pigalle

## Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten. b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett  
Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

### Docteur Spécialiste

1 DEUTSCHSPRECHEND  
Münchener u. Pariser Fakultät  
17, rue Reaumur

Métro Arts-et-Métiers od. République  
Frauen-, Blut-, Haut-, Horn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche. Neueste Heilverfahren. Elektrizität.

Horn-, Samen- und Blutanalysen.  
Massege Bedingungen. (Auch für Kassenversicherung.)  
Täglich von 9-11 und 1-5 Uhr. Sonntags und Feiertags von 9 bis 1 u. zu Rend. v. Tel. Arch. 54-27

### Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen  
Nase, Hals, Ohren  
123, Bd. Sébastopol. - Sprechstunden v. 9-12 u. 2-8 Uhr. Sonntags vormittags  
Métro Reaumur, St Denis

## INSERIEREN BRINGT GEWINN

### Dr. Spécialiste

10, rue de Rivoli - Métro Châtelet  
RADIKALE HEILUNG von BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden  
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität Implicationsverfahren Trypale eine Einspritzungen

Blut- und Horn-Untersuchungen, Spektroskopie, Salvarsan, Wisnawski  
Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr. Sonntags von 9-12 Uhr  
Konsultationen von 25 Fr. ab.  
Man spricht deutsch

## Geheimnisvoller Mord

### Auf einem einsamen Gut

Paris, 9. Mai. Eine schreckliche Mordtat ist auf dem Gutshof Kerbenec bei Vorient entdeckt worden, wo der 28 Jahre alte Michel Henriot eine Silberfuchsjagd betreibt, nachdem er diese Jagd in Deutschland studiert hatte. Michel Henriot fand seine 19 Jahre alte Frau nach der Rückkehr von einem Jagdausflug im Hause tödlich verwundet vor. Sie hatte fünf zwei in den Kopf und drei in den Körper, erhalten, die aus einem im Hause befindlichen Karabiner - anscheinend von einem abgewiesenen Bettler oder Landstreicher - abgegeben worden waren. Michel Henriot hob seine Frau auf und brachte sie aufs Bett, wo sie starb, bevor ihr Mann um Hilfe telefonieren konnte. Da der Apparat umgeworfen war und keine Verbindung hergestellt werden konnte, mußte Henriot bis zum nächsten Haus 800 Meter weit laufen, traf aber unterwegs einen Nachbarn mit einem Fahrrad, der die Polizei benachrichtigte, die bald darauf eintraf. Die Ermittlungen haben bisher über die Verursachung des Mordes noch keine Anhaltspunkte zutage gefördert. Das junge Ehepaar bewohnt erst seit zwei Wochen das einsam gelegene Gut Kerbenec und hatte nur noch ein junges Dienstmädchen bei sich. Michel Henriot ist der Sohn eines Staatsanwalts aus Vorient, seine Frau die Witwe des Abgeordneten Henriot, der sich auf der Kammertribüne durch seine Enthüllungen über den Staviski-Skandal hervorgetan hat.

## Der Wahlsieg in Bern

### Große Erfolge der Sozialdemokratie

Bern, 9. Mai. Das Ergebnis der kantonalen Wahlen, die am 5. und 6. Mai in Bern stattfanden, ist völlig eindeutig: die Sozialdemokratische Partei ist die Siegerin des Wahlsieges. Sie erhöhte ihre Stimmzahl von rund 30.000 auf 52.000, ihre Mandatszahl im kantonalen Parlament von 69 auf 79. Sie hat nur ein Mandat verloren, dafür aber elf gewonnen. Prozentual beträgt der sozialdemokratische Stimmenanteil im Kanton Bern nun 34,4 gegenüber 32 bei den letzten Wahlen. Bedeutend ist auch die starke sozialdemokratische Mehrheit, die sich bei diesen Wahlen in der Stadt Bern gezeigt hat und die Stärkung der sozialdemokratischen Mehrheit in Biel.

Der Kanton Bern gilt in der Schweiz gerne als Wahlbarometer für das ganze Land. Umso erfreulicher der glänzende Wahlsieg der Sozialdemokraten, umso wichtiger auch der völlige Mißerfolg der rechtsistischen „Neuen Front“, die nicht ein einziges Mandat errang. Die „Heimatwehr“, die gleichfalls rechtsistischen Gedankengängen huldigt, erhielt drei Mandate von insgesamt 228.

## Abonnieren die „Deutsche Freiheit“

„Aber im Gegensatz zu dem anderen bin ich geblieben... Sie wissen doch, wie er es fertig gebracht hatte, daß seine Mutter auf ihrem Sterbebett zum Katholizismus übertrat?.. Er wollte der Oberschwester des Hospitals, in dem sie starb, 500.000 Franken ablotsen.“

„Und Sie möchten nicht den Namen Stawisky ablegen?“

„Nein, durchaus nicht.“

„Den Namen ablegen? Warum denn?“ unterbrach Madame Stawisky mit französischer Lebhaftigkeit, „ja, wenn wir große Kaufleute wären, dann vielleicht. So aber nicht. Wer mit uns Geschäfte hat, weiß, wer wir sind. Uebrigens nennt man mich, obwohl ich seit siebzehn Jahren verheiratet bin, mit Vorliebe Fräulein Simon.“

„Heißen Sie vielleicht gar auch Arlette?“ frage ich.

„Nein, Simon ist bloß der Vorname meines Mannes. Gesetzlich könnte man ja den Namen Simon annehmen, aber wozu sich so viel unnützen Aerger machen?“

„Und der Name Stawisky bereitet Ihnen keinen Aerger?“

„Ach,“ erwiderte mein neuer Bekannter lächelnd, „im Anfang wohl ein bißchen. Unser Töchterchen wurde in der Schule in der rue Dassoubs von den Mädels gehänselt. Aber die Direktorin ließ sie einmal vortreten und sagte: „Die nächste, die ihr was zuleide tut, fliegt unweigerlich hinaus.“ Seitdem gibts kein Weh-Weh mehr. Meine Nefte, der Mediziner studiert, hat auch ein paar mal Krach gehabt, aber es legt sich alles wieder... Natürlich, wenn ich neue Kunden besuche, dann erschreckt sie der Name etwas, den ich sage. Manchmal glauben sie auch, ich wolle Spaß machen... Neulich sagte einer: „Bei Ihnen braucht man sich den Namen nicht aufzuschreiben, den behält man.“ Sehn Sie, das ist der Vorzug, wenn man einen solch „modernen“ Namen führt, daß man ihn nicht zu buchstabieren braucht.“

„Und keine Drohung und kein frecher anonymer Brief?“

„Doch, Telefonrufe. Unbekannte, die durch den Apparat rufen: „Banditen“ und dann einhängen.“

„Doch nicht etwa Leute, die Sie kennen?“ lachte ich.

„Na, wer weiß.“ Und er lächelt abermals glücklich. Madame Stawisky lächelt mit.

Da gibts kein Iron, — ein solches Lachen wie der zweite Stawisky, das hatte der andere, der unruhige, nie...

## BRIEFKASTEN

Berta und Franziska. Ihren gemeinsamen Brief über die Göbbels-Veranstaltung in Saarbrücken haben wir erhalten. Auch von anderer Seite haben wir gehört, daß Göbbels viel zu lang gesprochen hat und daher die ermittelten Zuhörer nicht mitreißen konnte. Ein Zeichen für seine Nervosität, denn Göbbels ist ein guter Psychologe und glänzender Redner. Sie haben ferner beobachtet, daß zahlreiche Frauen und Mädchen ohnmächtig geworden sind, weil die Strapazen seit dem frühen Morgen zu groß waren. Alles ist offen: wir glauben mit Ihnen, daß die Saarfrage durch Göbbels eher Anhänger verloren als gewonnen haben.

E. C., Prag. Glücklicherweise scheint die von uns aus der „Neuen Züricher Zeitung“ entnommene Meldung, daß der frühere sozialdemokratische Parteipräsident von Oppeln mit seiner Frau aus Nahrungsmangel Selbstmord begangen habe, sich nicht zu bestätigen. Er soll als Emigrant in der Tschechoslowakei sich durchschlagen. Totgeschlagene sollen bekanntlich lange leben. Hoffen wir, daß dieser Glaube auch diesmal Recht behält.

Dr. S. G., Paris. Wir danken Ihnen sehr für das briefliche Material, das wir gerne verwenden werden.

Kuka. Diesmal nicht zu verwenden. Es hätten schon Originalfotos sein müssen.

H. S. Ruppenhagen. Hier haben wir die gewünschte Adresse nicht ermitteln können. Wir bemühen uns weiter. Allerdings können wir kaum glauben, daß sich der Rowler in Saarbrücken aufhält, sonst hätte er sich wohl schon einmal bei uns gemeldet.

„Rindshausen in Antarktika“. Wird gedruckt. Vielen Dank.

M. A. P. Lob wir das Übrige, das mit gesunder Kritik gepuzt ist, nehmen wir gerne an. Die besondere Anerkennung, die Sie unserem englischen Korrespondenten zollen, hat dieser wohlverdient. Auf sein Urteil und seine Wahrheitsliebe können Sie sich verlassen. Doch unserer Blatte noch viel fehlt, wer möchte das besser als wir selbst? Aber niemand außer uns weiß, unter welchen Schwierigkeiten wir unseren Kampf führen müssen. Ihre Frage nach der Höhe unserer Auflage beantworten wir so: Jeder Verleger und jeder Redakteur, der die Rufzahl seiner Zeitung nennt, läßt. Wir sagen nie. Wenn wir nicht lügen wollen, schweigen wir. Rüt und redet aber manchmal der deutsche Propagandaapparat. Er schlägt unsere Auflage je nach Laune auf täglich hunderttausende oder gar Millionen Exemplare. Er weiß jedenfalls, daß unser Komplott Millionen Leser verdient.

Buchhandlung, Gengen. Wir haben Ihre Karte der Buchhandlung der „Volksstimme“ weitergegeben, die Ihnen ausführliche Angaben machen wird.

Kaji in Pannau. Sie haben dort eine „Deutsche Freiheit“ erwirkt, und die hat sie in lurchbare Gut gebracht. Rechts so. Das soll sie. Arm im Geiste, wieweil Sie nichts anderes als uns mit Werd und Todschlag zu bedrohen, wenn Sie und einmal zwischen die Finger kriegen. Das glauben wir Ihnen mit Vergnügen. Sie ahnen gar nicht, was uns alles für Todearten bevorstehen, und wer alles unser junges blühendes Leben auslöschen will. Rechts und links, soweit unser besorgtes Auge reicht, harren unter die Schärfrichter und die Henker und die Todschläger. Neulich erst hat eine temperamentvolle Dame, die uns leider nicht so liebt, wie wir es verdienen, in einer tragischen Zeitschrift das Todesurteil gegen uns vor dem Revolutionstribunal im vierten Reich angehängt. Dabei hatten wir gerade bei den Frauen auf mildernde Umstände gerechnet. Sollen wir uns nun selber umbringen, wie Sie uns menschenfreundlich raten? Ach, dazu ist immer noch Zeit. Wir kennen ein sehr trostvolles Gedicht von Wilhelm Busch, das eigens für die Todeskandidaten der „Deutschen Freiheit“ gemacht zu sein scheint:

Es sitzt ein Vogel auf dem Weim,  
Er flattert sehr und kann nicht heim.  
Ein schwarzer Kater schlücht herzu,  
Die Krallen scharf, die Augen glüh.  
Am Baum hinauf und immer höher  
Kommt er dem armen Vogel näher.

Der Vogel denkt: Weil das so ist  
Und weil mich doch der Kater frist,  
So will ich keine Zeit verlieren,  
Bist noch ein wenig quinquillieren  
Und ruhig pfeifen wie zuvor.  
Der Vogel, scheint mir, hat Humor.

Seni A. Die Verweigerung der Eheerlaubnis kann auf sehr vernünftigen Gründen beruhen. Friedrich der Große soll einmal den Ehedienst eines jungen Offiziers mit einer reichen Erbin durch die Randbemerkung abgelehnt haben: „Meine Verwandten sollen ihr Glück durch den Regen machen und nicht durch die Scheide.“

Manuskripte, die schon in anderen Zeitungen oder Zeitschriften gedruckt sind, an uns einzuliefern, ist zwecklos.

„Revolutionäre Offiziere“. Wir sind Ihnen aufrichtig dankbar, daß Sie uns so eingehend auf Herrn A. in Paris aufmerksam machen. Aus welchen Gründen wir hier seinen Namen nicht nennen, werden Sie begreifen. Er hatte uns schon vor Monaten die von uns gedruckte Arbeit übermitteln, und da sie leiblich war, haben wir keinerlei Bedenken getragen, sie zu veröffentlichen. Jedenfalls haben wir uns den Herrn rat angekrichen.

NS-Tonfilm-Theater Saarbrücken. Im Hauptprogramm dieser Woche läuft der deutsche Tonfilm „Die Nacht im Forst“ (Der Fall Roberts) mit Hermann Speermons, Camilla Spiro, Julius Falkenstein u. a. Regie: Erich Engel. Parde-Journal zeigt eine Sonderschau vom „Ball der kleinen weißen Beiten“ in der Pariser Oper. Die Nachvorstellung bringt den Tonfilm „Die Jung“ mit Ragna Sonja und Hans Pecher.

Für den Gesamtabdruck verantwortlich: Johann Pflü in Tübingen; für Inserate: Otto Ruhn in Saarbrücken Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.